Jedes Heft ist auch einzeln für 1 Mark käuflich.

Pädagogische Zeit- und Streitfragen.

Flugschriften

zur

Kenntnis der pädagogischen Bestrebungen der Gegenwart.

Herausgegeben

von

Johannes Meyer.

Zweiter Band.

Gotha.
Verlag von Emil Behrend.
1890.

Preis 4 Mark 50 Pf.

Pädagogische
Zeit- und Streitfragen.

Flugschriften
zur
Kenntnis der pädagogischen Bestrebungen der Gegenwart.

Herausgegeben
von
Johannes Meyer.

Zweiter Band.

Gotha.
Verlag von Emil Behrend.
1890.

Inhalt.

Inhalt

Volkswirtschaft und Schule.

Unter Mitwirkung von Volkswirtschaftlern

bearbeitet

von

A. Patuschka.

Gotha.

Verlag von Emil Behrend.

1888.

Vorrede.

Die lebhafte Agitation, welche gegenwärtig in weiten Kreisen der Bevölkerung Deutschlands für Einführung wirtschaftlicher Belehrungen in Schulen jeglicher Art besteht, zwingt den Lehrer, sich mit dieser Zeitfrage mehr bekannt zu machen, als dies bisher nötig war. Auf Veranlassung des Herausgebers der „Pädagogischen Zeit- und Streitfragen" hat sich der Verfasser entschlossen, in Verbindung mit gleichgesinnten Volkswirtschaftlern seine Ansicht zusammenhängend über diese wichtige Zeitfrage auszusprechen, und zwar 1) über allgemein Geschichtliches, 2) über die ethisch-politische Seite der Volkswirtschaft, 3) über Methodik, Stoffauswahl und Gesetzeskunde und 4) über die volkswirtschaftliche Litteratur. Letztere — in 3500 verschiedenen Werken bei Joseph Bär & Ko. in Frankfurt a./M. vertreten — ist so ausgewählt, daß von ihren namhaftesten Verfassern alle Standpunkte zur Geltung gelangen, besonders die der neueren Volkswirtschaftler.

Schmölln S.-A., im Mai 1888.

A. Patuschka.

Inhalt.

I.

Allgemeines.

1. Geschichtliches über diese Frage. Im „Deutschen Adelsblatte“, welches von den periodischen Zeitschriften wohl am entschiedensten verlangt, daß volkswirtschaftliche Belehrungen dem Lehrstoffe der verschiedenen Schulen eingefügt werden, erscheint von Nr. 40 des Jahrganges 1887 ab ein Aufsatz: „Die moderne Staatskunst und das Schulwesen“. In ihm stellt der Verfasser als die bedeutsamste Aufgabe der heutigen Staatskunst die hin, **daß die Sozialdemokratie auf friedlichem Wege durch die Sozialreform überwunden werde**, also die Ausgestaltung der Staatshilfe für die Schwachen im Zeitalter der parlamentarischen Gesetzgebung. Diese ist dabei wesentlich angewiesen auf die Beihilfe der gebildeten und besitzenden Klassen und, was die Schule betrifft, auf die freudige Mitarbeit der Lehrer aller Schulen. Der Zweck der vorliegenden Schrift ist nun nicht bloß der, Stimmung nach allen Seiten hin zu machen für Einfügung wirtschaftlicher Belehrungen in alle Schulen, von der Landschule bis zum Gymnasium, sondern auch vornehmlich der, die gesamte Lehrerschaft Deutschlands für die wirtschaftliche Gesetzgebung der kaiserlichen Regierung zu erwärmen bzw. zu begeistern. Der Verfasser wünscht, daß die Lehrerschaft die Meinung, daß das Heil der Schule vornehmlich vom christlichen Staate zu erwarten ist, auch auf wirtschaftliches Gebiet übertrage und sich voll und ganz um die Fahne der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 schare. Es ist insbesondere die Deutsche Adelsgenossenschaft, die hierfür warm eintritt. Sie hat nach sehr eingehenden Erörterungen im „Deutschen Adelsblatte“ 1886 und entsprechenden Verhandlungen (erschienen unter dem Titel: „Volkswirtschaft und Schule“ und „Sitzungsprotokoll der Deutschen Adelsgenossenschaft“ vom 26. Februar 1887, durch

Herrn v. Mosch, Redakteur des „Deutschen Adelsblattes", Berlin W, Eisenacherstraße 4, zu beziehen) einstimmig beschlossen, das Kultusministerium in Berlin zu bitten, für Einfügung volkswirtschaftlicher Belehrungen in den Lehrstoff der Schulen und ganz besonders der Volksschule Sorge tragen zu wollen. Dieser Beschluß ist hervorgegangen aus einer von dem jetzigen Geheimen Regierungs- und vortragenden Rate beim Staatsministerium zu Berlin, Freiherrn v. Broich, gegebenen Anregung. Freiherr v. Broich hat sich schon als Landrat der Kreise Malmedy, Hersfeld und Hanau die Einführung einer der Jugend angepaßten volkswirtschaftlichen bzw. staats- und verwaltungsrechtlichen Belehrung in den Schulen seit mehr denn 20 Jahren besonders angelegen sein lassen und daher zur Lösung dieser hochwichtigen Frage, wie sich aus jenen Verhandlungen der Deutschen Adelsgenossenschaft ergiebt, ein reiches Material beigebracht. Indem wir es uns hier versagen müssen, aus dem die ganze Frage allseitig erschöpfenden Vortrage, welchen derselbe auf jenem Adelstage gehalten hat, nähere Ausführungen zu geben, glauben wir doch eine charakteristische Stelle wörtlich wiedergeben zu müssen. Dieselbe lautet:

„Zunächst ist es mir ein Bedürfnis, es auch hier auszusprechen, daß es mir zur größten Genugthuung gereicht hat, diese meinerseits seit mehr als 20 Jahren wissenschaftlich und praktisch betriebenen Bestrebungen durch das Organ einer Genossenschaft, welche auf dem Grundgedanken beruht, daß Adel verpflichtet nnd namentlich dazu, sich dem öffentlichen Wohle nach Kräften zu widmen, zur weiteren Geltung und daraufhin auf dem heutigen Adelstage zum Gegenstande der Verhandlung gebracht zu sehen. Auch glaube ich nicht unterlassen zu dürfen, es schon jetzt auszusprechen, daß die Veranlassung, diese Bestrebungen meinerseits hier in Berlin in geschehener und hoffentlich jetzt nicht mehr ohne den vollständigen Erfolg für das Gemeinwohl zur Ruhe kommenden Weise weiter zu betreiben, sich mir in dem gleichfalls vorliegenden, die „sozialen Heilmittel" überschriebenen Aufsatze insofern geboten hat, als derselbe in dem Grundgedanken gipfelt, daß Staat und Kirche sich namentlich in der Schule als dem für die gründliche Lösung der sozialen Frage maßgebendsten Gebiete zu vereintem Wirken die Hand reichen sollen, was nach meiner Ansicht am besten in der durch den Aufsatz: ‚Volkswirtschaft und Schule' empfohlenen Weise geschieht, indem dadurch die nicht hoch genug zu stellende soziale Notwendigkeit der Religion zum allgemeinsten, klarsten und sichersten Bewußtsein gelangt."

Die erwähnte Eingabe an das Kultusministerium hat folgenden Wortlaut:

„Ew. Exzellenz

beehren wir uns in Ausführung des im Abdrucke anliegenden, auf dem am 26. Februar 1887 stattgehabten 6. ordentlichen Adelstage gefaßten Beschlusses der Deutschen Adelsgenossenschaft den beiliegenden Separatabdruck aus dem ‚Deutschen Adelsblatte' von 1886 mit der Bitte um hochgeneigte zuständige Berücksichtigung der daselbst empfohlenen und als praktisch erreichbar dargelegten Ziele ehrerbietigst zu überreichen. Gemäß diesen Zielen wird eine geeignete Verbindung der auf einer sittlichen Weltordnung beruhenden volkswirtschaftlichen Belehrung mit der Elementarschule, ferner mit den gleichwie im Großherzogtum Hessen bestehenden und bewährten, allgemein einzuführenden Fortbildungsschulen, sowie mit den höheren Lehranstalten angestrebt.

„Die Deutsche Adelsgenossenschaft giebt sich der Hoffnung hin, daß ihre Bitte die gewogentlichste Aufnahme finden wird, dadurch eine systematische und methodische Verbindung dieser Belehrung mit den gedachten Unterrichts- und mit den entsprechenden Vorbereitungsanstalten des betreffenden Lehrerpersonals, jedem in der Schule auf christlicher Grundlage in angemessener Weise für sein ganzes späteres Leben die Erwerbung von Kenntnissen geboten werden soll, deren er in seinem Interesse sowohl, als im Interesse des Staates immer unabweislicher bedarf. Eine wesentliche Verstärkung dieser Bitte glaubt die besagte Genossenschaft noch in dem Umstande zu erblicken, daß durch deren Willfahrung unbeschadet des allgemeinen Zweckes der Schule nicht nur eine wahrhaft nationale Erziehung der Jugend in erhöhtem Maße gesichert wird, sondern auch namentlich die Volksschule um so mehr eine der besten Grundlagen zu vereintem Wirken von Staat und Kirche für eine gründliche Lösung der sozialen Frage bildet. Wenn die Deutsche Adelsgenossenschaft, deren Mitgliederverzeichnis wir uns hiermit beizufügen erlauben, in dem § 2 ihres hier angeschlossenen Statuts eine Berechtigung zu diesem Vorgehen finden zu dürfen glaubt, so läßt dieselbe sich dabei nicht minder von der Überzeugung leiten, daß sie durch eine solche Mitwirkung an der Lösung großer Zeitfragen im Sinne der Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881 eine ebenso patriotische als christliche Pflicht zu erfüllen bestrebt ist."

Es wurde dabei gleichzeitig beschlossen, dem Reichskanzler, sämtlichen preußischen und den Staatsministern anderer deutscher Staaten, sowie allen sonstigen außerpreußischen Zentralbehörden deutscher Staaten, ferner jedem Mitgliede des Volkswirtschaftsrates Abschrift bzw. Abdruck dieser Eingabe unter Beifügung des in derselben erwähnten Materials zur gefälligen Kenntnisnahme und mit der Bitte um thunlichste Förderung dieser Bestrebungen zu überreichen, nachdem zuvor Sr. Kaiserlichen und Königlichen Hoheit dem Kronprinzen (jetzigem Kaiser Friedrich III.) als Protektor des preußischen Volkswirtschaftsrates mittels besonderer Eingabe das gleiche Material unterbreitet worden war.

Se. Exzellenz Herr Kultusminister v. **Goßler** hat darauf mittels Reskriptes vom 28. Januar 1888 folgendes geantwortet:

„Dem Vorstande der Deutschen Adelsgenossenschaft erwidere ich auf die gefällige Zuschrift vom 30. April v. J. ergebenst, daß mir der dortige Antrag, betreffend die volkswirtschaftliche Belehrung in der Elementarschule, zu einer eingehenden Prüfung der maßgebenden Bestimmungen Veranlassung gegeben hat, da ich gern anerkenne, daß es in die Aufgaben der Volksschule fällt, eine dem Verständnisse der Kinder angemessene Belehrung über ‚die auf der sittlichen Weltordnung beruhenden Grundsätze des bürgerlichen Lebens und der volkswirtschaftlichen Verhältnisse‘ zu geben. Ich glaube aber die Zustimmung des Vorstandes der Deutschen Adelsgenossenschaft dafür voraussetzen zu dürfen, daß eine solche Belehrung in keinem Falle einen besonderen Unterrichtsgegenstand bilden darf. Von den 4 339 729 Kindern, welche am 1. März 1882 in öffentlichen Schulen des preußischen Staates unterrichtet wurden, kamen 2 512 320 Kinder auf Schulen mit einem oder zwei Lehrern. Dabei befindet sich in den vorhandenen Volksschulen eine nicht geringe Zahl überfüllter Klassen, und es sind am genannten Termine 2 064 113 Kinder in Schulen mit anormalen Frequenzverhältnissen unterrichtet worden. Unter diesen Umständen kann die Volksschule ihre Aufgabe und gerade diejenige der sittlich-religiösen Erziehung der heranwachsenden Jugend nur lösen, wenn sie sich in bezug auf den Umfang des Lehrstoffes und das Maß der Lehrziele, je nach dem Grade der entgegenstehenden Schwierigkeiten, erhebliche Beschränkung auflegt. Ich habe wiederholt Veranlassung genommen, die Provinzialbehörden auf diesen Gesichtspunkt aufmerksam zu machen. Aber auch in den am besten eingerichteten, z. B. den sechsklassigen Volksschulen der großen Städte, ist für die irgendwie eingehende Behandlung volkswirtschaftlicher Systeme kein Platz. Wenn in der die Volksschule besuchenden Jugend das religiöse Leben gestärkt und gefördert, die vaterländische Gesinnung kräftig belebt und ihr diejenigen Kenntnisse und Fertigkeiten angeeignet werden, deren sie zur Begründung ihrer Erwerbsfähigkeit nicht entbehren können, dann wird ihnen auch das kräftigste Mittel gegeben sein, volkswirtschaftlichen Irrlehren zu begegnen. Überdies beweist auch die in Abschrift zur gefälligen Kenntnisnahme angeschlossene Verfügung der Königlichen Regierung zu Cassel vom 16. August 1878 zur Genüge, daß die Ziele, welche die Deutsche Adelsgenossenschaft im Sinne hat, auch jetzt schon beim Volksschulunterrichte nicht außer acht gelassen werden. Ich füge zugleich je ein Exemplar der Volksschullesebücher von Engelien und Fechner, Gabriel und Supprian, Bock, Schneider, sowie das Lesebuch für katholische Volkschulen, Verlag von Crüwell in Dortmund, und des deutschen Volksschullesebuches für katholische Schulen, Verlag von Du Mont-Schauberg, bei, um dem Vorstande der Deutschen Adelsgenossenschaft Gelegenheit zu geben, zu sehen, wie wesentlich die anerkannt guten Volksschullesebücher der in Rede stehenden Aufgabe genügen.“

Wie der deutsche Adelstag, so hat auch die Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung, deren Mitglieder den verschiedensten Parteien und Ständen angehören, in ihrer Generalversammlung, den 22. Mai 1887 in Coburg, auf Anregung der Deutschen Adelsgenossenschaft erklärt, daß sie die Einfügung volkswirtschaftlicher Belehrungen in den Lehrstoff der Volksschule, besonders aber der Fortbildungsschule für notwendig halte; eine besondere Kommission wurde mit der Prüfung der einschlägigen Litteratur betraut. Herr Dr. Wislicenus, Generalsekretär dieser Gesellschaft, erklärt in einem Briefe 1887: „**Volkswirtschaftliche Belehrungen haben zu fußen auf dem kaiserlichen Erlaß**“ (vgl. „D. A.“ Nr. 7). Auch der „Liberale Schulverein der Rheinprovinz und Westfalen“ ist auf seiner Jahresversammlung den 23. Oktober 1887 auf das Referat des Herrn Abgeordneten Dr. Natorp und das Korreferat des Herrn Schuldirektors Pache-Lindenau hin zu ganz ähnlichem Ergebnis gekommen. Herr Pache hat außerdem über diese Frage geredet: im Mai 1887 zu Frankenberg i./S. auf dem Verbandstage des Zweigvereins Königreich Sachsen des Vereins zur Verbreitung von Volksbildung, im September 1887 auf der Jahresversammlung des Allgemeinen Sächsischen Lehrervereins, im Januar 1888 im Berliner Lehrerverein. In allen Fällen sprachen sich die Anwesenden im Sinne des Referenten aus.

Der Verfasser dieser Schrift beschäftigt sich seit Jahren mit dieser Frage praktisch und theoretisch. Ein 1882 von ihm erschienenes Werkchen: „Unterredungen aus der Volkswirtschaftslehre“ (Schmölln, bei Bauer, 174 S., 8°, Preis geb. 1 Mk.), dann: „Volkswirtschaftliche Ergänzungen zum Lehrstoffe der Volksschule“ (Berlin, Dümmler, 248 S., 8°, Preis 2 Mk.), sowie verschiedene Aufsätze in pädagogischen und anderen Zeitungen bestätigen das.

2. Urteile von Nichtpädagogen. Hören wir noch einige Männer von Urteil über diese Frage. Freiherr v. Durant (vgl. das gedachte Protokoll des deutschen Adelstages vom 27. Februar 1887) sagt:

„Die Bestrebungen der Deutschen Adelsgenossenschaft erschienen mir um so wichtiger und verdienstvoller, als die Unkenntnis über volkswirtschaftliche Dinge selbst in den gebildeten Ständen heutzutage noch eine recht verbreitete ist, um wieviel mehr aber in den ungebildeten. Die volkswirtschaftliche

Belehrung darf nicht auf den selbstsüchtigen Grundlagen des Manchestertums*), sondern muß auf denen der christlich-sittlichen Weltanschauung beruhen, wenn sie wirklich Segen schaffen soll. Sie veredelt den Volkscharakter und befördert dadurch die nationale Erziehung. Sie vermindert die Unzufriedenheit, söhnt mit manchen Gegensätzen und Verschiedenheiten des Lebens aus und erhöht das Selbstgefühl, indem sie jedem Einzelnen das Gefühl einflößt, daß er selbst an untergeordneter Stelle ein wichtiges Glied der menschlichen Gesellschaft ist, daß jeder seine Stelle und seinen Platz durch den Höchsten angewiesen erhalten hat. Der Verführung zur Unzufriedenheit ist das Volk um so mehr ausgesetzt, je weniger es in der Lage ist, sich ein selbständiges Urteil bilden zu können. Sie zu diesem zu führen, erscheint als eine Hauptaufgabe der Schule.... Die Einführung volkswirtschaftlichen Unterrichts in unsere Seminare halte ich für durchaus notwendig. Es handelt sich bei diesem Gegenstande um eine Einrichtung von einschneidendster Bedeutung für unsere nationale Wohlfahrt."

Der Herr Abgeordnete v. Schenkendorf-Görlitz, hervorragender Vertreter der Knaben-Handarbeit, sagt:

„Ich kann, allgemein genommen, mich nur sympathisch zu der Frage des Unterrichts in der Volkswirtschaft stellen. Unsere Erziehung berücksichtigt viel zu wenig die volkswirtschaftliche Kulturentwickelung. Auch nach dieser Richtung muß die Schule das Fundament legen."

Herr Pfarrer v. Bodelschwingh in Westfalen, Begründer der Arbeiterkolonieen, spricht sich so aus:

„In dieser ernsten Zeit der Entscheidungskämpfe auf sozialem Gebiete sollte auch die Schule schon viel kräftiger in die praktische, große Aufgabe des Lebens hineingezogen werden, und nicht nur die Volksschulen, sondern auch die höheren Schulen, damit die ins Leben eintretenden jungen Leute einigermaßen gewappnet werden gegen die verführerischen und dem unbefestigten Herzen so glatt eingehenden Lehren der neuen Volksbeglücker. Ich kann nur wünschen, daß die Bestrebungen der Deutschen Adelsgenossenschaft an geeigneter Stelle Gehör finden, und die rechten Wege gefunden werden, wie die Schule auch auf diesem Gebiete ihre Schuldigkeit thue und das darbiete, was die Zeichen der Zeit von ihr fordern."

Ähnlich spricht sich der fürstbischöfliche Delegat und Propst zu St. Hedwig-Berlin, Herr Aßmann, aus, auch Herr Dr. Komp, Domkapitular und Regens des Priesterseminars zu Fulda.

---

*) Freihandelspartei. Der Name „Manchesterpartei" stammt aus England. Cobden, der hervorragendste Vertreter der englischen Freihandelspartei, richtete im Auftrage der Handelskammer in Manchester 1839 eine Bittschrift an das englische Parlament um Aufhebung der Kornzölle. Durant greift hier die wirtschaftlich-ethischen Grundsätze der deutschen Freihandelspartei an, die alles dem „freien Spiele der Kräfte" überlassen will. Wohin wir Lehrer kommen würden, wenn dieses System konsequent Durchführung fände, überläßt der Verfasser dem Nachdenken seiner Amtsgenossen, besonders der auf dem Lande.

Herr Tuchfabrikant **Adam Rechberg** in Hersfeld betont:

„Die Aufklärung durch die Schule kann auch in wirtschaftlichen Fragen nur segensreich wirken. Werden doch solchermaßen die Menschen dahin geführt, sich über ihre eigene Lage, über ihre Fehler und Irrtümer klar zu werden, **in sich selbst** die Ursachen ihrer ungünstigen wirtschaftlichen und sozialen Lage zu suchen und zu finden, mit einem Worte, zu lernen, daß jeder Mensch nur durch sich selbst, durch seine eigene Kraft und Tüchtigkeit, d. h. auf die Selbsthilfe sich verlassend und nicht auf diejenige anderer Gesellschaftsklassen oder des Staates blickend, dazu gelangen kann, eine seiner Tüchtigkeit entsprechende wirtschaftliche und soziale Stellung sich zu verschaffen. . . . Vor allem haben sich die Lehrer selbst die erforderlichen Kenntnisse in der Volkswirtschaftslehre anzueignen. Auf diesen Punkt ist die Einflußnahme maßgebender Behörden in erster Linie zu richten."

Hören wir ferner Herrn Professor v. **Jhering**:

„Alles wird in unserer Zeit dem Verständnis des Volkes nahe gebracht: Natur, Geschichte, Kunst, Technik. Es giebt kaum einen Gegenstand, über den der Laie sich nicht aus einer allgemein faßlichen Darstellung belehren könnte. Nur der Staat und das Recht, die ihn so nahe berühren, machen davon eine Ausnahme, und doch sollte billigerweise nicht bloß der Gebildete, sondern auch der Mann des Volkes Gelegenheit haben, sich darüber zu belehren, was sie für ihn thun und warum sie nicht anders beschaffen sein können, als sie es sind. Ich habe früher daran gedacht, diesem Mangel durch einen auf den Bürger und Bauer berechneten Rechtskatechismus für das Volk abzuhelfen. Das Ziel, das mir vorschwebte, war eine Versöhnung des unbefangenen Urteils mit den Einrichtungen, an denen es so vielfach Anstoß nimmt, eine Apologetik des Rechtes und Staates vor dem Forum des einfachen, gesunden Menschenverstandes nach Art des Vorbildes von Justus Möser. Ich habe mich überzeugt, daß die Aufgabe meine Kräfte übersteigt; möge ein anderer sie aufnehmen. Wer sie richtig ausführt, kann sich ein großes Verdienst um die Gesellschaft erwerben; aber er muß denken als Philosoph und sprechen als Bauer. Es wäre ein wichtiges Thema zur Stellung einer Preisaufgabe. Hunderttausend Mark wären kein zu hoher Preis dafür; sie würden sich hundert- und tausendfältig bezahlt machen. Das Werk würde in alle Sprachen übersetzt werden und der Welt mehr Segen stiften als ganze Bibliotheken."

Es wird sicher viele Lehrer interessieren, auch den namentlich in Berlin genannten Geheimen Regierungsrat Herrn H. **Wagener** über diese Frage zu hören. Er sagt in seinem Werke: „Die Lösung der sozialen Frage vom Standpunkte der Wirklichkeit und Praxis", S. 48:

„Der allgemeine Volksunterricht muß um eine bedeutende Stufe gehoben werden in der ausdrücklichen Absicht, dadurch die Kluft zwischen höheren und niederen Klassen auszugleichen. Stoff und Methode des Unterrichts namentlich auch in den für die reifere Jugend bestimmten **Fortbildungsschulen**, müssen den klaren Zweck verfolgen, den Einzelnen in der Natur,

in der Gesellschaft und im Staatsleben zu orientieren und ihm die zukünftige, selbständige Wahrnehmung seiner Interessen sowohl für sich allein, als auch im Vereine mit anderen möglich zu machen."

Die amtlichen Motive zum Sozialistengesetz vom 18. Oktober 1878 berühren diese Frage auch. Es heißt daselbst u. a.:

„Dem Staate allein wird es indessen auch mit Hilfe der in dem Entwurfe vorgeschlagenen Mittel nicht gelingen, die sozialdemokratische Bewegung zu beseitigen: diese Mittel bringen die Vorbedingung für die Heilung des Übels, nicht die Heilung selbst. Es bedarf vielmehr der thätigen Mitwirkung aller erhaltenden Elemente der bürgerlichen Gesellschaft, um durch Belebung der Religiosität, durch Aufklärung und Belehrung, durch Stärkung des Sinnes für Recht und Sitte, wie durch weitere wirtschaftliche Reformen die Wurzeln des Übels zu beseitigen."

3. **Des Verfassers Ansicht.** Nun des Verfassers Ansicht über die Notwendigkeit volkswirtschaftlicher Belehrungen in Schulen. Wir leben gegenwärtig, obwohl es uns keineswegs an politischen Sorgen fehlt, im Zeitalter wirtschaftlicher Fragen. Das sieht man sehr deutlich, sobald man die Verhandlungen der Landtage in den verschiedenen deutschen Staaten, ja auch die Thätigkeit des Reichstages aufmerksam verfolgt: wirtschaftliche Fragen mannigfachster Art sind die vorherrschenden. Die Erwerbsarten sind durch Veränderung der Verkehrsverhältnisse wesentlich andere geworden. Wir befinden uns thatsächlich in einer Zeit, in welcher die bisher geltenden volkswirtschaftlichen Gesetze keineswegs mehr unangefochten ihre alte, gebietende Stellung zu behaupten vermögen. Es ist Wahrheit, wenn auch starke Übertreibung in der Klage der Sozialdemokraten. „Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer." (Wells, Generalsteuerdirektor der Vereinigten Staaten.) Darum wird sich der Verfasser auch bemühen, die berechtigten Forderungen der Sozialdemokratie, ebenso aber auch sozialpolitische Zukunftskeime und Hoffnungssterne zu bieten. Wir Lehrer, die wir mitten im Volksleben stehen, können uns besonders in industriereichen Gegenden tagtäglich von der zunehmenden Armut überzeugen. Dazu kommt, daß jede Verbesserung der Maschinentechnik eine größere oder geringere Anzahl Arbeitskräfte überflüssig macht. Wir leiden — das wird von jeder Partei zugegeben — an Überproduktion. „**Der Mann aufs Pflaster, die Kinder und die Frauen an die Arbeit**", während es doch heißen sollte: „Der Mann in die Fabrik bzw. Werkstätte, die Frau ins Haus, das Kind in die

Schule". Diesen Satz Wirths kann der Denkende als thatsächlich bestehend nicht leugnen. Die Folge der im allgemeinen ungünstig veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse ist zunächst Unzufriedenheit in breiten Schichten des Volkes. Am deutlichsten zeigt sich das bei den Reichstagswahlen. Am 21. Februar 1887 haben fast 800 000 deutsche Männer sozialdemokratisch gewählt und damit erklärt, daß sie bereit sind, die rote Republik mit Güte oder Gewalt einzuführen. Es fehlt auch nicht an weiteren Tausenden von Unzufriedenen, die aber ihre Denkkraft noch von der Sozialdemokratie zurückgehalten hat, obwohl sie mit Kummer und Sorge den immer aussichtsloser werdenden Kampf um eine ehrenhafte Existenz kämpfen. Man denke an weite Kreise der kleineren Landwirte, Handwerker und Geschäftsleute. Wir Lehrer spüren in unseren Schulkindern nur allzu deutlich die sinkende Kaufkraft des Volkes.

An Vorschlägen, Abhilfe zu schaffen, fehlt's nicht. Es ist hier nicht unsere Aufgabe, sie alle aufzuzählen und auf ihre Brauchbarkeit hin zu prüfen. Hier sind hauptsächlich zwei ins Auge zu fassen: eine den veränderten Verhältnissen entsprechend umgewandelte Gesetzgebung, besonders gesetzliche Fürsorge für die wirtschaftlich Armen und Schwachen und Belehrung in den breitesten Volksschichten, in Schulen aller Art über die Bedingungen wirtschaftlichen Wohlbefindens, anders ausgedrückt: „Der Lehrstoff der Schulen ist mit volkswirtschaftlichen Fragen zu durchtränken, in höheren so gut wie in geringeren". Es liegt in unserem Thema, daß die erste Frage nur im Rahmen des zweiten Satzes zu streifen ist.

4. Volkswirtschaft, nicht Volkswirtschaftslehre. Ehe wir jedoch die ethisch-politische Seite der Volkswirtschaft darzulegen versuchen, möchten wir erst einem weit verbreiteten Irrtume entgegentreten. Viele denken fort und fort, es handle sich hierbei um Einfügung eines neuen Unterrichtsfaches. Das ist ganz und gar nicht der Fall. Wir betonen ausdrücklich, daß es sich nie und nimmer um Einführung der Volkswirtschafts**lehre** in die Schulen, sondern lediglich um eine volkswirtschaftliche **Belehrung** und Vorbereitung in den Schulen an der Hand der bestehenden Unterrichtsfächer handeln kann. Wer diesen Unterschied nicht versteht oder verstehen will, um immer wieder „geistreichen"

Stoff für seine Bemerkungen zu finden, der wird für seine Zwecke leichter bessere Gelegenheiten zu Abhandlungen aufsuchen, als sie diese für das Volkswohl so hochbedeutsame Frage bietet.

II.

Die ethisch-politische Seite der Volkswirtschaft.

Das bis 1878 in Deutschland nach Adam Smith, dem Begründer der Volkswirtschaftslehre als Wissenschaft, herrschende Manchestertum hat in der Gegenwart noch viele Anhänger, und zwar sehr oft unbewußt in allen Parteien; für den aber, der mit sehenden Augen sehen und mit hörenden Ohren hören will, hat es großenteils abgewirtschaftet. Es geht nicht mehr mit dem bloßen laissez faire, laissez aller (gehen und gewähren lassen)*), auch nicht mit dem Gedanken, als ob der Staat sich in wirtschaftlichen Dingen mit einer Art „höheren Nachtwächterdienstes" (Lassalle) zu begnügen habe. Da Schule und Lehrerschaft in ihrem äußeren und inneren Bau ganz wesentlich von der Gestaltung unserer volkswirtschaftlichen Verhältnisse abhängen, müssen wir schon etwas näher auf die Grundsätze des Manchestertums eingehen. Es liegt uns hierbei selbstverständlich fern, auch nur einen Abriß der Geschichte der Volkswirtschaftslehre liefern zu wollen. Nur das soll herausgegriffen werden, was einigermaßen die teilweise traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart erklärt.

Die Grundlage des Manchestertums ist das 1766 von Adam Smith erschienene Hauptwerk: „Über das Wesen und die Ursachen des Nationalreichtums". Einige Sätze desselben, sowie der weiteren Verbreiter Smithscher Gedanken sollen hier einer Beleuchtung unterzogen werden.

1. **Das wirtschaftliche Leben der Völker beruht auf der Selbstsucht.** Dadurch, daß ein jeder auf sein eigenes Wohl bedacht ist, befördert er auch das der Gesamt-

*) Diese vielgebrauchte Redewendung entstand auf folgende Weise. Kolbert, Finanzminister Ludwigs XIV., wandte sich an verschiedene Handelskammern um Beantwortung der Frage: „Wie ist der wirtschaftlichen Not des (französischen) Staates abzuhelfen?" Die Antwort war: „Laßt uns nur ferner gewähren". „Der französische Staat ließ die Reichen machen, und die Folge war — die Revolution." (Dr. Stöpel.)

heit. Thatsache ist es — das läßt sich nicht leugnen —, daß unser wirtschaftliches Leben großenteils auf Selbstsucht beruht. Aber aus der Thatsache folgt noch keineswegs, daß sie recht ist, sondern sehr deutlich, daß auch heute noch „das Dichten und Trachten des menschlichen Herzens böse ist von Jugend auf". Die Gesetze der Volkswirtschaft sind nicht umwandelbar, sondern unterliegen dem freien, d. i. bei uns gesetzlichen Übereinkommen der Gesellschaft, der Unterthanen Deutschlands. Grundfalsch ist das Sprichwort: „Jeder ist sich selbst der Nächste" (als Grundlage der Gesetzgebung), richtig allein: „Der brave Mann denkt an sich selbst zuletzt" (Schiller). Die Selbstsucht ist die Urwurzel der Sünde. „Soll ich meines Bruders Hüter sein?" Dieses Wort des Brudermörders Kain sprechen heute Tausende und Abertausende teilweise gedankenlos nach, die sich sehr bedanken würden, wenn man sie mit Kain auf eine Stufe stellen würde. Der Grundsatz von der Selbstsucht gehört in das unbarmherzig heidnisch-römische Recht, aber nicht in christliche Staaten. Der gesetzesstarre Römer kannte nur sein „Ich". Als ein vornehmer Römer seine Frau bat, doch nicht um jeder Kleinigkeit willen die Todesstrafe über ihre Sklaven zu verhängen, da diese doch auch Menschen seien, erwiderte sie entrüstet: „Bist du verrückt? Die Sklaven auch Menschen?" Schmidt-Warneck betont in seinem empfehlenswerten Buche: „Die Soziologie Fichtes", folgenden Ausspruch des letzteren: „Die Kraft des Gemütes ist es, welche Siege erkämpft". Das hat Fichte schon vor 80 Jahren in seinen „Reden an die deutsche Nation" hervorgehoben. Er wurde von seinen Zeitgenossen nicht verstanden.

Zu welchen unerträglichen Zuständen die unbeschränkte Selbstsucht führt, davon zeugen folgende Beispiele aus der neuesten Zeit. Womit heizen viele Farmer in Nordamerika, dem steinkohlenreichsten Lande der Welt? Nun, natürlich mit Holz und Kohlen. Nein, mit — Weizen. Warum? Die Inhaber ganzer Steinkohlengebiete lassen jährlich nur 3—4 Monate arbeiten, damit sie die Steinkohlenpreise beliebig vorschreiben können. Die Besitzer der Privateisenbahnen (Staatseisenbahnen giebt's unseres Wissens nicht in Nordamerika), die Eisenbahnkönige, schrauben die Frachtgebühren für Kohlen so in die Höhe, daß der Verbraucher sie sehr teuer kaufen muß. Getreide kann er nach Befinden nicht weit versenden. Die Frachtsätze sind so hoch gehalten, daß der Farmer besser wegkommt,

wenn er mit Getreide heizt! (Leipziger Zeitung.) So wird Gottes Gabe durch der Menschen Selbstsucht schlecht angewendet. Das ist rein „gesetzlich“, da die Bundes- und Staatsregierung nur sehr wenig in Eisenbahn- und Steinkohlenangelegenheiten hineinzureden hat. Ein anderes Beispiel aus dem „freiesten“ Lande der Welt möge hier noch einen Platz finden. Woher beziehen die New-Yorker ihre Speisekartoffeln? — Doch aus ihrer näheren und weiteren Umgebung. Amerika kann Kartoffeln genug liefern. — So sollte man meinen, aber weit gefehlt. Die New-Yorker kaufen ihre Kartoffeln oft in Bremen, auch im Frühjahre 1888 wieder. Der Preis stellt sich hier mitunter halb so hoch trotz des weiten Weges. Jeder Leser wird uns zugeben, daß bei solchen Zuständen in der Gesetzgebung Nordamerikas etwas nicht in Ordung sein müsse. Dabei finden wir dort sehr hohe Schutzzölle, ein Beweis dafür, daß Manchestertum und Schutzzoll nicht notwendig Gegensätze sein müssen, sodern sich in gewissem Umfange sehr wohl vertragen können.

Was sagt die Schrift? „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst. Brich dem Hungrigen dein Brot. Zerreißet eure Herzen und nicht eure Kleider.“ (Joel 2, 13.) Was das Lied?

„Laßt uns besser werden,
Gleich wird's besser sein!“

Und der hochselige Kaiser Wilhelm? Die Antwort ist die Allerhöchste Botschaft vom 17. November 1881:

„Schon im Februar d. Js. haben Wir Unsere Überzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und Wir würden mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. In Unseren darauf gerichteten Bestrebungen sind Wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiß und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstages ohne Unterschied der Parteistellungen.

„In diesem Sinne wird zunächst der von den verbündeten Regierungen in der vorigen Session vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle mit Rücksicht auf die im Reichstage

stattgehabten Verhandlungen über dieselben einer Umarbeitung unterzogen, um die erneute Beratung derselben vorzubereiten. Ergänzend wird ihm eine Vorlage zur Seite treten, welche sich eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenwesens zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen, welche durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zuteil werden können.

„Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des Volkslebens ruht. Der engere Anschluß an die realen Kräfte dieses Volkslebens und das Zusammenfassen der letzteren in Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutze und staatlicher Förderung werden, wie Wir hoffen, die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sein würde. Immerhin aber wird auch auf diesem Wege das Ziel nicht ohne die Aufwendung erheblicher Mittel zu erreichen sein.“

Welch heiliger Ernst weht uns aus diesem Erlasse unseres verewigten Kaisers entgegen! Eine derartige Fürsorge für die Armen und Bedrückten ist bisher in der Weltgeschichte unerhört. Infolge dieses Erlasses sind bisher rechtskräftig geworden: das Gesetz über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle und das Krankenkassengesetz. Folgen wird ihm das Invaliden- und Altersversorgungsgesetz. Wir halten diese Gesetze und ihre notwendige weitere Ausgestaltung (z. B. Witwen- und Waisenversorgung), die in absehbarer Zukunft zu erfolgen hat, für das Beste, was unsere Zeit bietet. Sie werden sicher dazu beitragen, bei einem Teile der denkenden Sozialdemokraten das geschwundene Vertrauen zur kaiserlichen Regierung, überhaupt zur Obrigkeit wiederherzustellen. Es ist übrigens hohe Zeit, daß die berechtigten Forderungen der Sozialdemokratie allmählich Berücksichtigung finden, damit sich nicht Carlyles Wort erfüllt: „Ihr müßt entweder Reformen schaffen oder 600000 Menschen erschießen“. Wir fügen hinzu: „Und zwar jedes Jahr“; denn so viel beträgt ungefähr der alljährliche Überschuß der Geburten über die Todesfälle. Hinfort soll nicht mehr die heidnische Selbstsucht (vgl. „Ergänzungen“, S. 70—75) im christlichen Staate die Herrschaft führen, sondern: „Mich jammert des Volkes“.

Es ist dem Verfasser, der mehrfach wegen dieser seiner Stellung zur kaiserlichen Botschaft angegriffen wird, als wolle er Parteiwesen in die Schulen tragen, obwohl der Kaiser Wilhelm selbst hervorhebt, daß derartige Bestrebungen über allem Parteiwesen stehen, eine be-

sondere Freude gewesen, daß Kaiser Friedrich III. in seiner Proklamation vom 12. März 1888 ausdrücklich hervorhebt: „Ich bin einig mit den Anschauungen Meines kaiserlichen Herrn Vaters". Allerdings muß auch, wie die Proklamation hervorhebt, die staatliche Fürsorge ihre Grenze haben. Diese liegt da, wo sie den natürlichen Sporn zur Arbeit wirkungslos machen, das Gefühl eigener Verantwortlichkeit lähmen würde.

Wie hervorragende Staatsmänner über die kaiserliche Botschaft denken, erfahren wir aus einem denkwürdigen Zwiegespräch, welches vor Jahren zwischen dem Reichskanzler und dem Abgeordneten Windthorst stattfand. Letzterer betonte, daß die kaiserliche Regierung durch die angestrebte wirtschaftliche Verbesserung der Arbeiter den richtigen Weg in großartiger Weise betreten habe. „Ich möchte fast sagen", bemerkte Windthorst, „der alte Kaiser hat durch die Veröffentlichung der großen Grundsätze in der Botschaft nach allen seinen unerhörten Erfolgen diese letzteren selbst noch übertroffen." Darauf entgegnete Fürst Bismarck: „Ja, das meint der Kaiser selbst; er sagte mir damals, das, was wir hier zu thun haben, ist noch mehr als das, was 1866, 1870 und 1871 zu geschehen hatte". Windthorst sagte: „Durchlaucht, ich bin Ihnen als einer, der sein Vaterland lieb hat, sehr dankbar dafür, daß Sie nach all' den großen Thaten unsern kaiserlichen Herrn bewogen haben, auf diese Bahn der Gesetzgebung einzulenken. Es sind ja ungeheure Aufgaben hier zu lösen. Ich sehe mit Furcht auf die entsetzliche Gärung in den Arbeiterklassen; aber der einzige Weg, der noch zum Frieden führen kann, ist der eingeschlagene."

Verfasser gestattet sich, noch zwei Urteile von Männern hinzuzufügen, die ein solches über diese Frage besitzen. Freiherr v. Durant:

„Die kaiserliche Botschaft ist das herrlichste Blatt in dem Ruhmeskranze unseres erhabenen, geliebten Kaisers, umfaßt auch volkswirtschaftliche Belehrungen, wenn sie ‚den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes verheißt'. Denn dieser Beistand schließt ja beides, sowohl das leibliche wie das geistige Wohl, in sich, und auf welche Weise könnte das letztere wohl dem Volke besser gewährt werden, als durch eine sachgemäße Belehrung im christlichen Geiste und durch Bewahrung vor den Irrlehren gewissenloser, den Umsturz erstrebender Agitatoren. Es müssen auf diesem Gebiete der Volksaufklärung energische Schritte geschehen."

Freiherr v. Broich sagt:

„Von der Überzeugung durchdrungen, daß über die das ganze Verkehrsleben beherrschenden, sowie aus der Ergründung des inneren Wesens und den

tieferen Ursachen der Verkehrszustände im Volksleben hervorgehenden volkswirtschaftlichen Grundsätze im allgemeinen noch eine große Unwissenheit herrscht, daß aber gerade diese Unwissenheit am meisten dazu beiträgt, den mit einer namentlich auf christlicher Grundlage beruhenden, gesetzlich geordneten, staatlichen Gesellschaft unvereinbaren sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Irrlehren Verbreitung und Eingang zu verschaffen, hat es mir schon lange am Herzen gelegen, thunlichst dahin zu wirken, daß bereits von der die Zukunft unseres Volkslebens vor allem in sich tragenden Volksschule aus die erforderliche Belehrung in dieser Hinsicht geboten werde.

„Selbstredend soll der Lehrer in der Volksschule nicht Volkswirtschaft treiben, was dem Zwecke und Ziele einer solchen Anstalt sowie dem Erkenntnisvermögen der Elementarschüler fernliegt. Der mich hierbei leitende Gedanke ist vielmehr der, daß sich der Lehrer mit dem ihm hiernach gebotenen Stoffe gründlich vertraut macht und nun die sich im Unterrichte selbst vielfach darbietende Gelegenheit benutzen soll, den Kindern und dadurch auch für die Zukunft den Eltern die maßgebenden Grundsätze (gesetzliche Hilfe den wirtschaftlich Schwachen) in einer dem kindlichen Standpunkte entsprechenden Weise beizubringen, worin nach meiner innigsten Überzeugung sowohl für die Familie, die Grundlage des Volkslebens, als für den Staat und die menschliche Gesellschaft überhaupt, welche beide aus der Volkswirtschaft hervorgegangen sind und sich fortwährend mit derselben in Wechselwirkung befinden, ein großer Gewinn liegt.“

Über die Notwendigkeit eines Verständnisses volkswirtschaftlicher Fragen, insbesondere derjenigen, welche die Gegenwart angehen, spricht sich Professor Dr. Dietzel in seinem Werke aus: „Die Volkswirtschaft und ihr Verhältnis zu Gesellschaft und Staat“. Er sagt u. a.:

„Wenn die Volkswirtschaft der Organismus des Volkslebens ist und sonach sämtliche Zwecke und Strebungen im Volke umfaßt, so daß dieselben nur auf volkswirtschaftlichem Wege erreicht und besonders immer besser und vollkommener erreicht werden können, so leuchtet ein, daß ihr Verständnis für jedermann von der höchsten Bedeutung ist. Nur dadurch wird jeder in den Stand gesetzt, seine Stellung im Volksleben und seine thatsächlichen Beziehungen zu allen anderen zu verstehen und zugleich seiner äußeren Thätigkeit die richtigen Grundlagen und die geeignete Richtung zu geben, um die größtmöglichen Erfolge im Leben zu erreichen. Nur dadurch wird es ferner möglich, die öffentlichen Zustände richtig zu erkennen und zu beurteilen, was für einen jeden ein unerläßliches Bedürfnis ist. Denn auf unserer jetzigen politischen Entwickelungsstufe wird jeder von diesen Zuständen berührt, sowohl in der Mitwirkung, welche er direkt oder indirekt auf deren Bestehen und Entwickelung auszuüben hat, als auch in dem Einflusse, welchen sie auf das Gedeihen und den Fortschritt der Wohlfahrt des Einzelnen beständig ausüben. Wir nehmen keinen Anstand, es auszusprechen, daß die Kenntnis der Volkswirtschaft und ihrer Gesetze heutzutage zu einem notwendigen Bestandteile der allgemeinen Bildung

geworden ist, daß daher die Bekanntschaft mit der Volkswirtschaftslehre von jedem Gebildeten mit Recht gefordert werden kann."

Wo bleiben Ethik? Wo Schule? Wo Lehrer? Gemach, lieber Leser! Die Schule hat als ihre vornehmste Aufgabe die aufzufassen, Menschen zu erziehen, nach dem Bilde Gottes gemacht, vollkommen zu allem guten Werke geschickt. Weniger biblisch ausgedrückt, könnten wir sagen: „Die Schule hat zu edler Menschlichkeit zu erziehen". In der Sache bedeuten beide Sätze dasselbe. Hier nur eins. Die Schule hat Vaterlandsliebe zu erzeugen. Der Unterricht wird das besser erreichen, wenn wir den Kindern zeigen, wie unser verewigter Kaiser mit landesväterlicher Fürsorge und Liebe auf das Wohl aller seiner Unterthanen bedacht gewesen ist, nicht am letzten auf das der wirtschaftlich Schwachen, auf das der Armen und Gedrückten. Die dargelegte Thätigkeit des Kaisers, den Kindern eindringlich ans Herz gelegt beim 4. Gebote, auch beim 1. Artikel (Gott behütet und bewahret mich vor allem Übel, vgl. „Ergänzungen", S. 40 ff.), kann das Kindesgemüt, das so empfänglich für alles Wahre und Schöne ist, unmöglich kalt lassen. Eine Besprechung der kaiserlichen Botschaft und der aus ihr hervorgegangenen Gesetze gehört unbedingt in jede Schule. Wer sie nicht im Religionsunterrichte erörtern mag, sollte das in der Geschichtsstunde thun. Die angeblichen Heldenthaten eines Herkules, die wir lang und breit erzählen und erzählen lassen, verblassen gegen die Großthaten der Gegenwart. Letztere werden sicher mehr Vaterlandsliebe erzeugen als viele, viele andere Geschichtskapitel, die sich in unseren Stoffplänen breitmachen. Notwendig ist, daß der Lehrer selber eine von Vaterlandsliebe durchglühte Natur ist. Verfasser wünscht, daß wir alle auch für unseren Stand Wohl und Wehe bei der Regierung suchen. Das schließt nicht aus, daß wir vertrauensvoll wieder und wieder darzulegen suchen, was uns drückt, und zwar so lange, bis uns geholfen ist.

2. Kaufe gut und billig, verkaufe teuer und schlecht. Jeder strebe danach, so billig und so gut wie möglich zu kaufen und so teuer und so schlecht wie möglich zu verkaufen. In so schroffer Weise wird allerdings dieser Grundsatz von niemandem aufgestellt; aber thatsächlich hat er bisher ge-

herrscht und herrscht teilweise noch. Sein Ergebnis teilte uns Professor Reuleaux 1876 von der Weltausstellung in Philadelphia in seinem herben, aber wahren Urteile über die ausgestellten Fabrikate mit in dem bekannten Satze: „Billig und schlecht“. Wohin uns das wirtschaftlich geführt hat, wissen die Spatzen auf den Dächern. „Nicht so teuer wie möglich zu verkaufen“, ist das Rechte. Denn sonst ist der verschmitzte Betrüger und Schwindler der größte Tugendheld, der ehrliche, anständige Verkäufer ein simpler, beschränkter Mensch. Auch ist durchaus nicht das Billigste das Beste. Es fällt uns gar nicht ein, den ehrenwerten Geschäftsmann nach obigem Satze zu schätzen, sondern: „Ehrlich währt am längsten“. Solidität ist das erste Erfordernis der Kreditfähigkeit.

Die heutige Freihandelstheorie stützt den zweiten Satz auf eine wissenschaftlich mangelhaft begründete Voraussetzung Adam Smiths, nämlich auf die Voraussetzung, daß der Handel, weil er bestrebt sei, stets da einzukaufen, wo es am billigsten sei, auch naturgemäß stets den Volkswohlstand und der Volkswirtschaft die besten Dienste leistete, wenn man ihn ganz ohne gesetzliche Einschränkung walten ließe. Dazu kam dann die wissenschaftlich ungenaue Erklärung, daß Geld und Arbeit nichts als Ware seien und also wie die Ware dem alleinigen Gesetze von Arbeit und Nachfrage, also einem einzigen Naturgesetze unterworfen blieben und sich diesem Naturgesetze nicht entziehen könnten. Das steht nicht im Widerspruche mit dem, was Verfasser S. 30 und 31 der „Ergänzungen“ über den Arbeitslohn sagt. Nach dem Gelde muß, seiner besonderen Natur entsprechend, immer Nachfrage sein vonseiten der volkswirtschaftlichen Erzeugung und Arbeit, sowie vonseiten des Staates, so daß also auch ein Mißbrauch dieses natürlichen Vorzuges des Geldes notwendig die Erzeugung und Arbeit in eine bedrängte Lage bringt. Anderseits kann die Arbeit ihrer Natur nach immer gezwungen werden, sich anzubieten, so daß ein durch unbeschränkte Freizügigkeit künstlich gesteigerter Arbeitswettbewerb notwendig den Preis der Arbeit unter ihren wahren Wert herabdrücken muß zum Vorteile derer, die von solcher Lage Nutzen ziehen können. Adam Smith schrieb zu einer Zeit, wo jeder es für die größte Unvernunft, Unehrenhaftigkeit und Thorheit gehalten haben würde, eine Spekulation auf Masseneinfuhr geringwer-

tiger Waren zu gründen, wo gerade der Kaufmannsstand seinen Stolz darin suchte, gute Erzeugnisse des Inlandes im Auslande zu guten Preisen abzusetzen und dafür wieder gute Erzeugnisse des Auslandes einzuführen, wo er also fern davon war und es für unsittlich gehalten haben würde, durch Masseneinführung schlechterer Erzeugnisse den Preis der letzteren im Inlande und damit den Arbeitsertrag zu drücken. Heute aber wird künstlich der schlechteren Ware das Ansehen der guten gegeben und die gute Ware oft nur dadurch absatzfähig, wenn sie unter ihrem wahren Werte vom Erzeuger hergegeben wird. Nach schlechter Ware ist natürlich niemals Nachfrage, wenn man sie als solche erkennt: Täuschung und billigstes Angebot müssen daher ihren Absatz finden helfen.

Es fällt uns nicht ein, den zweiten Grundsatz auf Schule und Lehrer anzuwenden. „Das Beste ist für die Schule gerade gut genug." So sagt jeder ohne weiteres und thut recht daran. Nicht der billigste Lehrer ist der beste, und nicht der teuerste der schlechteste. Einsichtige Gemeindevertretungen handeln in ihrer ganzen Verwaltung danach, setzen z. B. dem unsoliden Submissionswesen einen energischen Dämpfer auf. Den Grundsatz, den wir Lehrer im Schul- und Standesleben verurteilen, sollten wir für's wirtschaftliche Leben gelten lassen?

3. Angebot und Nachfrage. Der Lohn richtet sich nach Angebot und Nachfrage. Bei geringem Angebote, z. B. bei wenig Arbeitern, steigt der Lohn; die Heiraten und mit ihnen die Kinderzahl nehmen zu, also auch das Angebot, d. h. die Zahl der Arbeiter. Diese drücken den Lohn auf Ricardos ehernes Lohngesetz herab: „Der Arbeitslohn beträgt durchschnittlich stets nur so viel, daß der Arbeiter notdürftig sich und seine Familie davon ernähren kann. Darunter sinken und darüber steigen kann er auf die Dauer nicht." Im ersten Falle sorgt das sich einstellende Massenelend dafür, daß durch zahlreiche Todesfälle das Angebot der Arbeiter verringert wird. Was soll zu diesem ehernen Lohngesetze gesagt werden? Es ist in vieler Beziehung thatsächlich wahr. „Sorgt dafür, daß es euch nicht zum ehernen Vernichtungsgesetze werde." (Wirth.) Aber recht ist es nicht. Dem Lassalle hat wenigstens niemand die Existenz desselben

streitig machen können. Wie aber ändern? Zunächst durch die Gesetzgebung: durch Unfall-, Krankheits-, Invaliditäts- und Altersversorgungsgesetz. Es ist ein großer Unterschied, ob ich ein Almosen erhalte als Unterstützung, oder ob mir etwas gewährt werden muß, weil es das Gesetz verlangt. Almosenempfänger will der rechtliche, fleißige und strebsame Arbeiter nicht, soll er auch nicht werden. In Jesu Forderung: „Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert“, liegt die Verneinung des ehernen Lohngesetzes. Wieso? Es steht nicht dabei, daß sich die Löhne durch Massenelend, große Kindersterblichkeit und ähnliche schöne Dinge so heben sollen, daß der Arbeiter leben kann.

Die namhaftesten Volkswirtschaftler der neueren Zeit bemühen sich ernstlich, Vorschläge zu machen, die das eherne Lohngesetz durchbrechen sollen. Der Banquier Samter betont z. B. in seiner „Denkschrift über die Notwendigkeit, den Geschäftskreis der Reichsbank zu erweitern“, sowie in seiner „Verbesserung des Geldwesens“ die Notwendigkeit, Warenkredit zu schaffen. Er denkt sich das etwa so. Ein Tischler hat fleißig gearbeitet und eine Menge Möbel fertiggestellt. Er kann aber nicht so lange warten, bis sie verkauft sind; er muß entweder feiern oder sich dem Wucherer in die Arme werfen. Hier hat die Warennotenbank einzutreten. Die Möbel werden genau nach dem Tausch-, d. h. Verkaufswerte geschätzt und für die Bank aufbewahrt. Der Mann giebt einen Schuldschein bis zu dem Zeitpunkte hin, wo er glaubt, ihn einlösen zu können. Er empfängt dafür den Betrag in Form einer Geldnote, selbstverständlich gegen die banküblichen Zinsen.

Rückt der Verfalltag heran, kann ein doppelter Fall eintreten. Entweder löst der Tischler seinen Schuldschein ein; dann wird die umlaufende Warennote in gleichem Betrage eingelöst. Kann der Tischler nicht zahlen, so übernimmt die Warennotenbank die Waren selbst zum Verkaufe. Es liegt ihr daran, dem ermittelten Tauschwerte treu zu bleiben. Sie drückt also die Preise nicht, wie es jetzt bei Notverkäufen üblich ist. Die Note läuft ruhig weiter, bis der Verkauf besorgt ist. Wiederholt sich ein solcher Fall öfters, so merkt die Bank, daß zu viel Möbel hergestellt werden. Sie nimmt dann nichts mehr an, so daß Übererzeugung vermieden wird.

Wenden wir diesen Fall auf alle werkthätigen Betriebe an, so läßt sich mit der Zeit an die Ausgabe der Warennoten und ihrer

Einlösung das ungefähre Verhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch feststellen. Nach Samter ist die Warennote der Zauberstab, der die Übererzeugung von Wirtschaftsgütern beseitigt. Worin besteht sie eigentlich? „Man sieht so viele Leute im Sommer barfuß, im Winter mit Holzschuhen gehen, die alle recht gut Stiefel gebrauchen könnten. Dabei hängen alle Schuhmacherläden voll von Schuhen und Stiefeln. Man sieht auf der Straße unzählige Menschen in abgetragenen oder gar zerrissenen Kleidern einherwandeln, die recht gern sich in besserer Kleidung zeigen würden. Dabei weiß der Schneider und Händler gar nicht, wo er mit seinem Vorrate hin soll. Gar vielen knurrt der Magen, und gern würde der Bäcker noch mehr Gesellen anstellen, um noch mehr Brot zu backen, der Fleischer gern mehr Schweine schlachten, wenn der Verbrauch sich nur steigern wollte. Da spricht man von Übererzeugung. Nein, es ist der Mangel an Kaufkraft, der sich hinter diesem Worte verbirgt, ebenso wie der Begriff „fehlende Arbeit" die Geldnot verdecken soll. Bergehoch liegt die Arbeitsgelegenheit vor uns, niemand kann sie aber benutzen, weil sie nicht mehr lohnt. Die Einrichtung der Warennotenbank könnte sich nach Samter sehr wohl an die Reichsbank und deren Zweiganstalten anschließen. Die Innungen und bestehenden Genossenschaften könnten die Vermittler abgeben zwischen dem Erzeuger und der Warenbank. Jeder Handwerker würde unter das schützende Dach einer solchen Genossenschaft treten. Das ist einer von den neuesten Vorschlägen, wie der Staat helfend für die Mühseligen und Beladenen eintreten kann.

Das erste Menschenrecht ist das Dasein. Ich bin da, folglich habe ich Bedürfnisse. Der Staat hat dafür zu sorgen, daß jedem die geringste Menge seiner Bedürfnisse gewährt werde. Gegen diesen sonnenklaren Satz, der entschieden höher steht als der vielfach mißbrauchte: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", kann im Ernste niemand etwas Stichhaltiges einwenden. Dennoch finden wir zu allen Zeiten bei den verschiedensten Völkern die Sorge vor Übervölkerung. Bei den Bewohnern des Bismarck-Archipels ist der Kindermord gäng und gäbe. Bei Zwillingsgeburten wird das zweite Kind sofort getötet; außerdem läßt man in einer Familie überhaupt höchstens drei Kinder leben. Wir Christen handeln anders, sollten aber auch die Selbstsucht stets und jederzeit bekämpfen. Der Reichstagsabgeordnete Herr Dr. Alexander Meyer,

Anhänger der Manchestertheorie, sagte den 10. Februar 1888 anläßlich der Debatte über das Vogelschutzgesetz:

„Die kleine Vogelwelt ist der natürliche Verbündete des Menschen im Kampf gegen allerlei wirtschaftliche Schädlichkeiten. Er hilft ihm Dinge verrichten, die sich mit allen polizeilichen Maßregeln nicht durchführen lassen.... Eines der venetianischen Epigramme Goethes führe ich hierbei an: ‚Sprich, wie werd' ich die Sperlinge los — so fragte der Gärtner —, und die Raupe dazu, ferner das Käfergezücht, Maulwurf, Erdfloh und Wespe, die Würmer, des Teufels Gezüchte? Laß sie nur alle, so frißt einer den anderen auf.‘ Mir ist dieser Goethesche Vers immer als der Inbegriff hoher Weisheit erschienen; denn er schließt alles in sich, was wir als Manchestertheorie verteidigen.“

Wie die Ethik dabei fährt, mag sich jeder selber sagen.

Dr. A. Theodor Stamm spricht sich in seiner „Sozialpolitischen Bodenreform“ sehr scharf gegen das Manchestertum aus. Er sagt u. a.:

„Die Manchesterschule ist allen Sittlicheren widerlich, weil sie förmlich als Grundsatz hinstellt, daß den Arbeitermassen durchaus die ‚Freiheit‘ nicht geraubt werden darf, in vermeintlichem ‚freien‘ Wettbewerbe darben und hungern zu dürfen. Die Lehren dieser Schule vertreten also hauptsächlich die Mitleidlosigkeit und die Rücksichtslosigkeit.“ S. 16. „Die jetzt noch herrschende volkswirtschaftliche Schule mit dem Hyper-Materialismus und dem Hyper-Darwinismus geht mit dem Malthusianismus Hand in Hand.

„Der schottische Geistliche Malthus behauptete nämlich zum Gewissenstroste der Manchesterschule, daß Übervölkerung und allgemeiner Mangel an Nahrungsmitteln sich nur dadurch begrenzen lassen, daß durch Seuchen, Not und Verbrechen regelmäßig viele Menschen vorzeitig zugrunde gehen.

„Diese Befürworter des wirtschaftlichen Bestialismus vergessen jedoch gänzlich, daß die Naturwissenschaften gerade auch mit Hilfe des richtigen Verständnisses des Darwinismus das geiststoffliche Gesetz der fortschreitenden Entwickelung, der Veredelung erarbeitet und befestigt haben. Das Gesetz leitet uns Menschen aber mit Notwendigkeit aus dem verderblichen und unsinnigen Selbstgierkampfe zur Veredelungs- und Allwohlserstrebung. Solchen Trugwirten fällt es nie ein, daß allein in Deutschland bei besserer Bodeneinteilung schon durch Gemüse- und Obstkultur die bedeutend vermehrten Bodenerträge reichlich doppelt so viele Menschen wie heute ernähren könnten.“

4. Der Staat hat nicht in wirtschaftliche Dinge einzugreifen. Das wirtschaftliche Leben besorgt den Ausgleich selbst. Folglich ist jedes Eingreifen des Staates falsch. Dieser thut genug, wenn er die Gesamtheit gegen fremde Eingriffe schützt, also das Vaterland wehrhaft erhält, das Eigen-

tum beschirmt und strenges Recht für alle bietet. In die Erzeugung der Güter hat er sich nicht zu mischen, die Preise nicht zu bestimmen, noch viel weniger um Wucher, Zinsfuß und ähnliche Dinge sich zu kümmern. Der Staat ist nicht imstande, die zahllosen und oft verwickelten Fälle gehörig zu übersehen. Er würde auch unrechtmäßigerweise eingreifen in die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen.

Das Manchestertum bekämpft also grundsätzlich die „wirtschaftliche Gesetzgebung". Alles soll dem „freien Spiele der Kräfte" überlassen bleiben. „Gleiches Recht für alle." Kein Mensch bestreitet das. Aber das politische Recht allein macht noch keinen hungrigen Magen satt. Der belgische Arbeiter hat alle möglichen und unmöglichen Rechte, vor allem das Recht zu verhungern. Das politische Wahlrecht, eines der wichtigsten Volksrechte, besitzt er nicht. Wahlberechtigt sind nur diejenigen Belgier, welche jährlich mindestens 24 Mk. direkte Staatssteuern zahlen, d. h. die große Mehrzahl der Bevölkerung nicht. Der Gedrückte weiß dort sehr wohl, daß es für ihn vollständig gleichgültig ist, ob ein liberales oder ein ultramontanes Ministerium am Ruder ist. Das eine thut so wenig wie das andere für das notleidende Volk, sondern sorgt kräftigst für den Vorteil seiner Partei. Auf gesetzlichem Wege ist Besserung nicht zu erhoffen. Darum gärt es in den Massen. Man braucht sich auch darüber nicht sonderlich zu wundern, sondern nur darüber, daß es dort nicht noch mehr heißt:

„Vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht,
Vor dem freien Menschen erzittere nicht."

Man lese nur die geradezu haarsträubenden Berichte amtlicher Fabrikinspektoren über die Frauen- und Kinderarbeit. In Serbien sind nur diejenigen wahlberechtigt, welche wenigstens jährlich 8 Mk. direkte Staatsabgaben zahlen, d. h. die Gedrücktesten nicht. Verfasser hebt das hervor, um zu zeigen, daß wir in Deutschland ein liberaleres Wahlgesetz haben als in Belgien und Serbien.

Es ist interessant, den berühmten belgischen Volkswirtschaftler Laveleye über diese Frage zu hören. Er sagt in seinen „Neuen Zielen der Nationalökonomie und des Sozialismus", S. 28:

„Der Gedanke, daß sich die Ordnung kraft der Naturgesetze in der Gesellschaft von selbst wie im Weltall begründet, ist der gerade Gegensatz zu der christlichen Auffassung von der Welt und der Menschheit. Nach dem Christentume ist der Mensch so gründlich böse, daß es des direkten Einschreitens Gottes und der fortdauernden Wirksamkeit seiner Gnade bedarf, um ihn auf

der rechten Bahn zu erhalten und zu erlösen. Man muß also das Böse in uns durch das Gefühl der Pflicht und außer uns durch Gesetze bekämpfen, in denen sich das Gefühl für das Rechte verkörpert. Um mit den orthodoxen Nationalökonomen zu glauben, daß aus dem unbeschränkten laissez faire die beste Ordnung von selbst hervorgeht, muß man annehmen, daß der Mensch gut sei oder notwendigerweise Eingebungen folgt, welche ihn dem allgemeinen Wohle entsprechend handeln lassen. Diese Idee ist nicht nur das direkte Gegenteil des Christentums, sie wird außerdem durch die Thatsachen Lügen gestraft. Entfesselt das Tier im Menschen und ihr habt den Krieg aller gegen alle, bellum omnium contra omnes, wie Hobbes sagt, ehemals in den vorgeschichtlichen Höhlen, dem Schauplatze der Menschenfresserei, später in den Wäldern der Epoche der Barbarei, heutzutage in den Kreisen der Industrie.“ S. 33: „Als vor einigen Jahren ein Präsident von Neu-Granada, ganz eingenommen von den reinen, volkswirtschaftlichen Lehrsätzen, zur Regierung gelangte, kündigte er an, daß ‚von jetzt an der Staat auf seine wirkliche Rolle zurückgeführt, alles dem eigenen Selbstermessen überlassen würde‘. Wie klatschten die Volkswirtschaftler Beifall! Nach kurzer Zeit waren die Verkehrsstraßen unterbrochen, die Häfen verfallen, die Sicherheit vernichtet, der Unterricht zugrunde gerichtet.“

Trifft letzteres nicht in Belgiens Gegenwart voll und ganz zu?

In Schweden, in dessen Volksschulen übrigens auch volkswirtschaftlicher Unterricht erteilt wird, sind nur diejenigen wahlberechtigt, die ein Einkommen von etwa jährlich 900 Mk. nachweisen können, d. h. die große Mehrzahl nicht. Was hilft dem Arbeiter das „freie Spiel der Kräfte“ in Staaten, in denen er seine Forderungen nicht gesetzlich geltend machen kann. Oder sollen wir auf die „Musterrepublik“ Frankreich hinweisen, in welcher der verwerflichste Ämter- und Ordensschacher in den höchsten Beamtenkreisen herrscht? Sie kracht infolgedessen von Zeit zu Zeit in allen Fugen. Nun halte man dagegen das herrliche Geschlecht der Hohenzollern, vor allem die Heldengestalt unseres verstorbenen Kaisers, dessen großer Kanzler einmal gesagt hat: „Ich werde euch so viel Freiheiten geben, daß ihr um Zurücknahme mancher bitten werdet“. Ist das Sozialistengesetz etwas anderes, als die Zurücknahme solcher Freiheit?

Das führt uns auf die Bedeutung unseres Wahlrechts. Wir folgen hier teilweise dem in der Theorie trefflichen Werke von Professor Pfarrer Dr. Schmidt-Warneck: „Die Notwendigkeit einer sozialpolitischen Propädeutik“. Der Sinn jedes Wahlrechts ist offenbar der, einen Teil der gesetzgebenden Gewalt von den Regierenden auf das Volk, auf die Wahlberechtigten zu übertragen. Daraus ergiebt sich, daß Regierung und Volksvertretung gemein-

same Interessen zu vertreten haben, nämlich das Wohl des Volkes. Einen bewußten Gegensatz kann es also — rein theoretisch genommen — nicht geben. Verfasser weiß sehr wohl, daß es keineswegs in Wirklichkeit so ist, aber daraus folgt noch nicht, daß er unrecht hat, sondern höchstens, daß es nicht so ist, wie er es wünscht. Aus der Interessengemeinschaft von Regierung und Volk folgt, daß jede grundsätzliche Opposition falsch ist. („Ich kenne die Gründe nicht; aber ich billige sie nicht.") Man vergleiche mit diesem Satze das Gebaren der sozialdemokratischen Reichstagsmitglieder! Sollen sachlich prüfende Männer im Reichs- und Landtage sitzen, so ist nötig, daß das politische Urteil des Privatmannes nicht länger als eine Privatsache des Einzelnen betrachtet, sondern der heranwachsende Staatsbürger über seine Rechte und Pflichten **belehrt** wird (Schmidt-Warneck, S. 16), muß ihm gesagt werden, wie die Beratungen des Reichstages direkt in das wirtschaftliche Wohl und Wehe auch des Einzelnen eingreifen. Der Wähler muß fühlen, daß er mit dem verliehenen Wahlrechte auch eine Verantwortlichkeit übernimmt für die Entwickelung seines Vaterlandes. Es kommt sehr wohl auf jede einzelne Stimme an. Wenn das nicht der Fall wäre, brauchten wir ja das Wahlrecht überhaupt nicht. Von Wahlzwang kann freilich nicht die Rede sein, weil er sich schwer ausführen läßt. Schon die Geschichte weist uns auf die Notwendigkeit einer Belehrung hin, wie das Schmidt-Warneck S. 39 ff. überzeugend nachweist.

Ja, wir gehen noch weiter. Die Verfassung Athens, Spartas und Roms kennen die Schüler gehobener Lehranstalten sehr genau, aber von der des eigenen Vaterlandes wissen sie nichts, sollen sie nichts wissen, weil es über ihren, ja — nach der Meinung des „Frankfurter Journals" — selbst über den Horizont der Lehrer hinausgeht. Die Alten waren praktischer. Schon Moses verlangt Kenntnis staatlicher Einrichtungen. 5. Mos. 6, 6—7 heißt es: „Die Worte, die ich dir heute gebiete, sollst du zu Herzen nehmen und sollst sie deinen Kindern schärfen und davon reden, wenn du in deinem Hause sitzest oder auf dem Wege gehest, wenn du dich niederlegest oder aufstehest". Der Psalmendichter Assaph, ein Zeitgenosse Davids, sagt Ps. 78, 5—7: „Gott richtete ein Zeugnis auf in Jakob und gab ein Gesetz in Israel, das er unsern Vätern gebot, zu lehren ihre Kinder, auf daß die Nachkommen lerneten und die Kinder, die noch sollten geboren werden, wenn sie auf-

kämen, daß sie auch ihren Kindern verkündigten, daß sie setzten auf Gott ihre Hoffnung und nicht vergäßen der Thaten Gottes und seine Gebote hielten.“

Solon verlangt sozialpolitisches Interesse als eine Gesamtpflicht aller Bürger und stellte zu diesem Zwecke die ganz spezielle Forderung auf: „Jeder, der bei bürgerlichen Bewegungen parteilos bleibt, verliert die Ehre“. (Weber, Lehrbuch der Weltgeschichte, § 71.)

„Sokrates griff in die Sache nach Form und Inhalt noch tiefer und voller hinein. Er verband die politischen Gesichtspunkte mit ethischen und richtete sein Augenmerk ganz vorzugsweise auf die gleichgültige, große Masse des Volkes, indem er in volkstümlicher Frage- und Antwortform und in praktischer Anknüpfung an Zunächstliegendes auf der öffentlichen Straße, in der freien Natur und in den Werkstätten der Handwerker lehrte.“ (Schmidt-Warneck a. a. O., S. 40.)

Ähnliches wird uns von Alcibiades, Xenophon, Aristipp, Antisthenes u. a. erzählt. „Die Perser betrachteten, als sie ein großes Volk geworden waren, die Bildung zum Staatsbürger als den Endzweck der Erziehung.“ (Dittes, Schule d. Pädag., S. 794.)

Unter den Römern ist Menenius Agrippa mit seinem Gleichnisse vom Magen und den Gliedern ein schönes Beispiel, wie sozialpolitische Fragen volkstümlich zu behandeln sind. Das gilt auch von Jothams Fabel (Richter 9) von den Bäumen, die einen König wählen. Das römische Zwölftafelgesetz mußte jeder römische Bürger auswendig können.

Die Philanthropen betonten volkswirtschaftliche Fragen auch. Der rationalistisch gehaltene Brandenburgische Kinderfreund von Wilmsen bietet etwa 16 Druckseiten für volkswirtschaftliche und gesetzeskundliche Fragen. Die Lesebücher der Gegenwart sind meist ausschließlich litterarisch gehalten. Einem großen Teile unserer Presse ist das Verständnis der Notwendigkeit einer sozialpolitischen Erziehung völlig verloren gegangen. Es wird alles vom Parteistandpunkte betrachtet. Das geht z. B. aus einer Äußerung der Leipziger Zeitung (1887) hervor, die anläßlich der Bestrebungen des Vereins zur Verbreitung von Volksbildung um Einfügung wirtschaftlicher Belehrungen in den Lehrstoff der Volks- und Fortbildungsschulen weiter nichts dagegen zu sagen weiß, als: „Junge Freisinnige wollen wir uns nicht heranziehen“. Sie wußte nicht, daß diese Bestrebungen von der Deutschen Adelsgenossenschaft aus-

gehen, der man wohl keine freisinnigen Anwandlungen unterschieben wird. Es handelt sich hierbei, was die politische Seite betrifft, nicht um Unterstützung irgendeiner Partei, sondern darum, den politisch Verirrten und Gleichgültigen zu zeigen, daß sie ihr und des Vaterlandes Heil hauptsächlich dadurch fördern, daß den wirtschaftlich Schwachen staatsseitig und gesetzlich geholfen wird. Trotzdem wird dem Verfasser mehrfach vorgeworfen, daß er in seinen „Ergänzungen" einen Parteistandpunkt vertrete. Manche stoßen sich an die christliche und nationale Grundlage. Mit denen soll hier weiter nicht gerechtet werden.

In den alten Staaten hielten es die mächtigsten Männer keineswegs für unnötig, das Volk sozialpolitisch zu belehren. Die Bewerber um ein öffentliches Staatsamt hatten, wenn sie Gehör beim stimmberechtigten Volke erlangen wollten, einen sehr großen Teil ihrer Ausbildung darauf zu verwenden, staatliche und wirtschaftliche Fragen in volkstümlicher Weise öffentlich besprechen zu können. (Vgl. Shakespeares „Julius Cäsar".) Ähnliches zeigt die Gegenwart in England. Eine sachliche Darlegung der thatsächlichen Verhältnisse bestätigt auch gegenwärtig noch die Geltung des Bibelwortes: „Die Wahrheit wird euch frei machen". Vergleicht man damit z. B. viele Reden vor den Reichstagswahlen, so krampft sich das Herz des Vaterlandsfreundes oft zusammen. Wohl nirgends wird so viel leeres Stroh gedroschen, phrasenhaft geredet wie bei solchen und ähnlichen Gelegenheiten. Und warum? Um Stimmen zu bekommen. Hilfe kann da zum guten Teile nur durch die Schule geschaffen werden durch Einfügung von Lehrstoff, der den Schülern die Augen öffnet auch über wirtschaftliche Fragen. Dann erst wird sich die religiös-geistige Bildung zur wahrhaft nationalen erheben. Das gilt für alle Schulen, für die Landschulen ebenso gut, wie für die Universitäten; denn die größte Mehrzahl der Studenten weiß von wirtschaftlichen Dingen — nichts. Das sagt nicht der Verfasser; denn dem Volksschullehrer könnte man Überhebung oder Unkenntnis vorwerfen. Das sagen verschiedene Artikel des „Deutschen Adelsblattes". Das sagen die Verfasser der Werke, die im litterarischen Teile Besprechung finden sollen. Sie rühren fast sämtlich von akademisch gebildeten Herren her, und diese müssen es doch wissen. Schmidt-Warneck weist nach, daß in England die Aufgabe einer sozialpolitischen Propädeutik mittels besonderer Handhabung des Geschichts-

unterrichtes geübt wird. „Diese Handhabung legt den größten Nachdruck auf die alte Geschichte und hier namentlich auf die politische Entwickelung und die Verfassungsformen der alten Kulturvölker mittels steter Bezugnahme auf die Geschichte Englands. Am eingehendsten wird jedoch letztere behandelt und diese wieder vorzugsweise seit der Thronbesteigung Jakobs II., gerade wie es Macaulay in seiner Geschichte Englands thut. Jeder Geschichtslehrer bemüht sich in England und ist hier ex officio verpflichtet, im allgemeinen nach jenen Gesichtspunkten zu verfahren, welche dieser Geschichtsforscher seinem Werke voranstellte, und welche ganz besonders in unserem Sinne die Behandlung der Geschichte in das Licht einer sozialpolitischen Propädeutik setzen.“

Hören wir auch Macaulay:

„Ich werde den Gang der Revolution verfolgen, welche den langen Kampf zwischen unseren Herrschern und ihren Parlamenten zu Ende brachte und das Band zwischen den Volksrechten und den Ansprüchen des regierenden Hauses knüpfte. Ich werde erzählen, wie die neue Verfassung gegen innere und äußere Feinde manche unruhige Jahre hindurch mit Glück verteidigt ward, wie man ferner unter ihrem Schutze lernte, das Ansehen der Gesetze und die Sicherheit des Eigentums mit der Freiheit der Erörterung und der freiesten Bewegung des Einzelnen in einem nie zuvor gekannten Maße erträglich zu finden; wie unter der glücklichen Vereinigung der gesetzlichen Ordnung und Freiheit ein Wohlstand des Volkes emporblühte, von welchem die menschliche Geschichte noch kein Beispiel darbot. . . . Ebenso sehr ist es freilich meine Pflicht, auch das Mißgeschick treu zu schildern, das unter die Triumphe sich mischte, sowie die großen Sünden und Thorheiten der Nation, die noch weit demütigender sind als irgend ein Mißgeschick. Man wird sehen, daß auch das, worin wir mit Recht unser größtes Glück erblicken, doch nicht ungetrübt war. Es wird sich zeigen, daß das System, welches unsere Freiheiten gegen die Übergriffe königlicher Macht wirksam sicherte, auf der anderen Seite doch eine Art von Mißbräuchen erzeugte, von denen unumschränkte Monarchieen frei sind. Die Aufgabe, welche ich mir gestellt habe, würde ich nur sehr unvollkommen lösen, wollte ich von nichts als Schlachten und Belagerungen, von Aufkommen und Fall der Regierungen, von Palastverschwörungen und Parlamentsverhandlungen erzählen. Es wird mein Bestreben sein, ebenso sehr die Geschichte des Volkes wie die der Regierung zu geben.“

Wie ist es bei uns? „Namen und Zahlen, Regentenreihen und Geschichtstafeln, archäologische und philosophische Spitzfindigkeiten.“ In unserer Jugend hörte der Geschichtsunterricht mit 1813 auf. „Können Sie Pläne entwerfen von Alexanders des Großen Schlachten?“ So fragte uns ein Primaner, als wir noch Schüler

waren. Verfasser konnte das nicht. „Da sehen Sie, wie unzulänglich die seminarische Bildung ist.“ Das sah der Verfasser schon vor 20 Jahren nicht ein und hielt dem Primaner ein kleines Privatissimum über wirtschaftliche und kulturelle Verhältnisse der alten Zeit.

Es giebt in unserem Geschichtsunterrichte noch manchen Augiasstall auszuräumen. Wer das nicht glauben will, der schlage Raumers Geschichte der Pädagogik uach. Dort sagt er im 3. Teile, S. 306: „Es wird ein wahrhaft grausamer Unfug von Geschichtslehrern getrieben, welche ihren Schülern oft größere Lasten auflegen, als sie selbst zu tragen imstande sind“. — In der Schweiz sucht man schon eine Reihe von Jahren — auch in den Volksschulen — sozialpolitisches Verständnis durch Unterricht anzubahnen. Bezeichnend ist das Gespräch Schmidt-Warnecks mit einem Schweizer Werkführer: „Ich halte von der Republik das, was ich in der Schule darüber gelernt habe, nämlich, daß sie für uns Schweizer gut ist. Für andere Leute mögen Kaiser- oder Königreiche besser sein, aber das verstehe ich nicht, und ein vernünftiger Mensch urteilt nicht über Dinge, die er nicht versteht.“ Man vergleiche damit die ruhige, sachliche Art, mit der die Wahlen in der Schweiz vor sich gehen. Es zeigt sich eine gewisse „Übereinstimmung und Mäßigung des politischen Urteils“. Sollte das mit ein Ergebnis der Schulpraxis sein? Schmidt-Warneck denkt sie sich für unsere Verhältnisse etwa wie folgt: Ein sozialpolitischer Katechismus bildet die Grundlage zu derartigen Belehrungen von der Volksschule an bis zu den obersten Klassen der Gymnasien, wie es mit bestem Erfolge bereits in der Schweiz geschieht. Ein Lehrbuch genügt nicht. Die Fortbildungsschule, das Seminar, die Realschule und das Gymnasium, sie alle verlangen besondere Lehrbücher, bearbeitet im Anschlusse an die sprachlich-historischen Fächer und an die betreffende Schulart. Auf die großenteils beherzigenswerten Winke und Vorschläge, wie sie Warneck S. 94 bis 105 giebt, kommt Verfasser eingehender im methodischen Teile zu sprechen.

Solche Dinge müssen aber dem Schüler gesagt werden, wenn eine bewußte Vaterlandsliebe erzeugt werden soll.

Verfasser kehrt zum „freien Spiele der Kräfte“ zurück. Der wahre Grund, weshalb dieser Satz vielfach zur bedeutungslosen

Redensart herabgesunken ist, liegt auch noch an anderer Stelle. Dem 13jährigen Durchschnittsschüler ist sehr wohl beizubringen, daß der Besitzende mit zwei Mitteln kämpft, mit Arbeitskraft und Kapital, der Besitzlose nur mit ersterer, die er notwendig und unter allen Umständen dem Kapitale verkaufen muß; denn sein Magen knurrt. Auch die vielgerühmte Freizügigkeit, deren Vorzüge Verfasser keineswegs verkennt, ist nach sozialdemokratischer Auffassung hauptsächlich das Recht zu verhungern, wo man will. Da will man noch dem Staate das Recht streitig machen, durch Gesetze das Los der Bedrückten zu erleichtern! Ist er bloß für die Wohlhabenden da? Jeder Mensch bringt durch sein Vorhandensein die Berechtigung des Daseins mit. Wir möchten doch den hören, der uns streitig machen wollte, daß es nicht möglich sei, das heranwachsende Geschlecht davon zu überzeugen, wo eigentlich das wirtschaftliche Heil zu suchen ist. Verfasser meint, in erster Linie und vorzugsweise bei der kaiserlichen Regierung und beim Reichs- bzw. Landtage.

Über die Aufhebung der Zinsbeschränkung wollen wir uns hier nicht weiter verbreiten. Die Sache hat manches für und wider sich. Der Betrüger wird bei jedem Wuchergesetze Dumme und Leichtsinnige finden, welche in die gestellten Netze gehen. Aber, wer gefaßt wird, der soll auch büßen mit vollster Strenge. Leicht hingegen ist es, den „guten dummen Bauernknaben, den Junker Hans nicht mit auf Reisen nahm", an der Hand geeigneter Aufgaben davon zu überzeugen, daß sein Vater nicht 6 Prozent Zinsen geben kann, wenn der Acker nur 3—4 Prozent abwirft. Beispiele übermäßigen Zinszahlens finden wir genug auf dem Lande. Manche gehen zugrunde, weil sie nicht „rechnen" gelernt haben. Ist da nicht die volkswirtschaftliche Durchtränkung des Rechenstoffes eine nützliche, ja unabweislich notwendige Sache? Von 1870—74 sind allein 510 Berliner Aktiengesellschaften zugrunde, und dabei 2139 Millionen Mark verloren gegangen. „Das sind die Früchte jener Theorie, welche jede Einmischung des Staates in wirtschaftliche Dinge verneint und ihre Ansicht in dem Aktiengesetz zur leibhaftigen Ausgestaltung hat praktisch werden lassen." (Todt, S. 287.)

Über den vierten Grundsatz wollen wir hier noch zwei hervorragende Männer reden lassen, den österreichischen Volkswirtschaftler Professor Lorenz v. Stein und den Dänen Dr. Martensen, Bischof

von Seeland. **Stein** sagt in seiner „Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich" (III, S. 46 f.):

„Das wahre, dauerndste und geliebteste Königtum ist das der gesellschaftlichen Verbesserung. Alles Königtum wird entweder ein leerer Schatten oder eine Despotie werden oder untergehen in Republik, wenn es nicht den hohen sittlichen Mut hat, ein Königtum der sozialen Verbesserung zu werden."

In dem Werke: „Sozialismus und Kommunismus", Bd. I, sagt **Stein** S. 64:

„Es giebt keine Gewalt auf Erden, die das Königtum erschüttern könnte, so lange es, über den Bewegungen der Gesellschaft stehend, als eine die Entwickelung aller Klassen fördernde Macht erscheint."

Martensen spricht sich so aus (Ethik, II. Teil, S. 247):

„Wir müssen es nachdrücklich betonen, daß eine neue Staatsverfassung, welche von Dauer sein will, auf einer neuen sozialen Grundlage basiert sein muß .... sofern der Grundgedanke des Staates der der verteilenden und ausgleichenden Gerechtigkeit ist, welche jedem Bürger und jedem Verhältnisse gewährt, was ihm zukommt." S. 252: „Das echte **politische** Interesse kann nicht gedacht werden ohne ein tieferes **soziales** Interesse, ohne das Interesse für alle Lebensgüter, die für ein gesundes Volksleben erforderlich sind. Ohne lebendige Anteilnahme für die sozialen Zustände und eine **gründliche Vertiefung** in die sozialen Aufgaben bleibt das Staatsbürgertum ein **leerer Formalismus**, eine hohle Schwärmerei für die Verfassungsform oder die **leere Schablone**." S. 255: „Zur Empfehlung der **politischen Grundsatzlosigkeit** führt man häufig an, daß man das juste milieu befolgen müsse. Sowie es eine Mittelmaßmoral giebt, so giebt es unleugbar auch eine Mittelmaßpolitik, welche an und für sich berechtigt, ja notwendig ist. Soll diese aber mehr bedeuten als eine Politik der Umstände, als ein bloßes Anpassungssystem, ein Hin- und Herwiegen zwischen den Gegensätzen; **dann muß im Hintergrunde ein bestimmter Grundsatz stehen, der den höchsten Maßstab abgiebt.**" Verfasser meint also: **„Der Staat hat sehr wohl das Recht und die Pflicht, gesetzgebend in das wirtschaftliche Leben der Gegenwart einzugreifen".**

„Die sozialpolitische Schulung der Jugend ist der kürzeste, einfachste und unfehlbarste Weg zur Abhilfe sozialpolitischer Wirrsale und Schäden der Nation. Was Kaiser und Reich nachher vom Manne fordert, daran **gewöhne** zuvor die Schule schon den Knaben, den Jüngling, nämlich **zu denken**, dann hat es dereinst keine Not, denn: ‚Jung gewohnt — alt gethan'." (Schmidt-Warneck a. a. O., S. 145.)

„**Ohne selbständig für sich reifende Staatsbürgereinsicht ist alle konstitutionelle Staatsvervollkommnung umsonst.**" (Schmidt-Warneck, S. 178.)

5. Der Wettbewerb, ein Kampf ums Dasein und ein Naturgesetz. **Durch den allgemeinen Wettbewerb wird**

es jedem möglich gemacht, sich durch eigene Kraft in die Höhe zu bringen oder nicht. Der Schwache, Untüchtige, Leistungsunfähige wird sich auf die Dauer nicht behaupten, sondern nur der Geschicktere und Thätigere. Das ist der Kampf ums Dasein; er läßt sich nun einmal nicht ändern.

Den „Kampf ums Dasein“ hat man hier ohne Not vom Gebiete naturwissenschaftlicher Annahme auf wirtschaftliches Gebiet übertragen. Verfasser erkennt in dem fünften Grundsatze nur die nackte Selbstsucht. Es wird immer Schwache, Ungeschickte und Beschränkte geben. Kann ich dafür, wenn ich von Geburt an mit diesen Mängeln behaftet bin? Habe ich deswegen weniger ein Recht auf das Dasein, sofern ich nach Kräften thätig bin? Die Schrift sagt nicht: „Liebe deinen leistungsfähigen, gediegenen, tüchtigen Nächsten wie dich selbst“, sondern ganz allgemein: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“. Verfasser braucht wohl nicht ausdrücklich zu versichern, daß er hiermit dem Faulen nicht das Wort reden will. Für den wird stets der Satz gelten: „Wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen“. Der von der Natur stiefmütterlich Bedachte ist wahrhaftig schon dadurch schlimm genug daran, daß er überall zu spät kommt. Der Staat darf nicht auch noch sagen: „Soll ich des Armen Hüter sein?“ Gewiß soll er der Hüter der Bedrängten schon dadurch sein, daß das Kapital mehr zu Steuern herangezogen wird. So schlagen manche Volkswirtschaftler eine Maschinensteuer nach Menschenkräften vor. Wir besitzen in den Dampfmaschinen Europas etwa 5000 Millionen Menschenkräfte, eiserne Sklaven. Wenn jede nur mit 1 Mk. jährlich besteuert würde, so ergäbe das alljährlich die ungeheure Summe von 5 000 000 000 Mk. „Ja“, ist da jemand rasch bei der Hand, „das würde doch nur auf die Arbeiter abgewälzt, ihnen vom Lohne abgezogen werden.“ Gilt das eherne Lohngesetz — und das hat Lassalle unwiderleglich nachgewiesen, — so hat diese Steuer nicht der Arbeiter zu tragen, sondern der Erzeuger. Auch sonst blickt Hertzka, dem Verfasser hierbei folgt, mit freudigen Erwartungen in die Zukunft. Je höher Menschenkraft und Menschenwert geschätzt werden, desto mehr werden die schweren, groben Arbeiten den Maschinen zuerteilt. Diesen Satz hat Hertzka weiter ausgeführt in dem Werke: „Die Gesetze der sozialen Entwickelung“. Von der maschinellen Ergiebigkeit der Arbeit erhofft

er einen gesellschaftlichen Zustand des Glückes und der Befriedigung, der in scharfen Gegensatz zum fünften Grundsatze tritt. Auf den Kopf der abendländischen Bevölkerung kommen 12, auf die Familie 60 eiserne Sklaven. „Was sind nun diese 5000 Millionen Menschenkräfte anders als Arbeitsgehilfen, die den abendländischen Völkern zur Verfügung stehen und ihnen von rechtswegen den nämlichen Dienst leisten sollen, und in ausgedehnterem Maße leisten könnten, den die Sklaven der herrschenden Nationen der alten Welt geleistet haben. Man hat berechnet, daß im alten Athen je 10 Sklaven auf jede athenische Vollbürgerfamilie kamen. Die Leistungen dieser Sklaven waren es, welche das athenische Volk in den Stand setzten, ohne anstrengende Arbeit zu leben und sich den Künsten des Friedens wie des Krieges zu widmen. Wohlan denn, auf einen athenischen Sklaven besitzen wir deren sechs. Unsere Sklaven haben den Vorzug, bei kärglicher Nahrung, nämlich gespeist durch einige Brocken Kohle und einige Tropfen Schmieröl, ohne zu ermüden und ohne zu murren, ihr Tagewerk ununterbrochen fortzusetzen.“ In den Vorschlägen Hertzkas, auszuführen durch Herabsetzung des Eisenbahnfahrgeldes, Verschaffung von Arbeitsgelegenheit, Verbesserung des Geld- und Bankwesens und der Kreditversicherung (vgl. Samters „Warenkredit“, S. 25 f.) liegt eine ungewöhnliche und herrliche Aufgabe der Gegenwart und Zukunft. Das ist auch ein Hoffnungsstern für den verzagenden Kleinhandwerker, auch für den Sozialdemokraten.

Von den vielen Vorschlägen, welche gegenwärtig gemacht werden zur friedlichen Lösung der gesellschaftlichen Frage, haben uns besonders die von Dr. Stöpel gefallen. Er weist mehrfach Arbeitsgelegenheiten nach, um die Mittel zur Ernährung, Bekleidung und Beherbergung der Arbeiter zu beschaffen. So fehlt es in Deutschland an Bodenerzeugnissen. An Vieh, tierischen Nahrungsmitteln, Getreide, Obst, Gemüse und Sämereien führt Deutschland gegenwärtig etwa für 500 000 000 Mk. jährlich mehr ein als aus. Könnte dieser Einfuhrüberschuß durch heimische Erzeugnisse ersetzt werden, so würde dadurch 500 000 weiteren Familien ein auskömmliches Leben gesichert, und der Industrie würde in ihnen ein neues Absatzgebiet von erheblichem Umfange gewonnen. Es giebt in Deutschland noch etwa 22 000 qkm unbenutzten Landes der Arbeit zugänglich zu machen, Moore und Sümpfe zu entwässern, Wald zu roden und in Ackerland umzuwandeln. Ebenso eignet sich der

Bergbau in verschiedenen Beziehungen vortrefflich zum Gegenstande öffentlicher Arbeiten. Hierher gehört auch der Bau von Land- und Eisenstraßen, Kanälen und Brücken, Instandsetzung von Wasserläufen, Be- und Entwässerungsanlagen. Die dazu gehörigen Einrichtungen sollen nach Stöpel bei der Gemeinde beginnen.

Hiermit streift Verfasser das „Recht auf Arbeit", das ja auch Bismarck in einer seiner Reden als zu Recht bestehend hervorhob. Stöpel tritt mit vielen Beweisgründen für diese alte demokratische, berechtigte Forderung ein. Ein näheres Eingehen darauf würde uns hier zu weit führen.

Der Trost, den Gläubige und Ungläubige, Freihändler und Schutzzöllner gern hinstellen, daß nämlich die Armut ein unveränderliches Naturgesetz sei, zieht nicht mehr. Henry George spricht sich darüber in seinen „sozialen Problemen" so aus:

„‚Ihr habt allezeit Arme bei euch.' Wenn jemals ein Schriftwort zu des Teufels Dienste verdreht wurde, so ist es dieses. Wie oft sind diese Worte, deren klarer Sinn darin besteht, zur Fügung in menschliche Leiden aufzufordern, gemißbraucht worden, um jene Gotteslästerung und das gerade Gegenteil der Lehren Christi zu unterstützen, daß der allweise und allgütige ewige Vater verordnet habe, so viele seiner Geschöpfe müßten arm sein, damit andere seiner Geschöpfe, denen er die guten Dinge des Lebens gönnt, das Vergnügen und die Tugend genießen, Almosen auszuteilen! ‚Ihr habt allezeit Arme bei euch!' sagte Christus; aber alle seine Lehren ergeben die Einschränkung, ‚bis das Himmelreich kommt'. In diesem Reiche Gottes auf Erden, diesem Reiche der Gerechtigkeit und Liebe, nach dem zu streben und um das zu beten er seine Anhänger lehrte, würde es keine Armen geben. Aber obgleich der Glaube und die Hoffnung und das Streben nach diesem Reiche zum wahren Wesen der christlichen Lehre gehört, so sind doch die ärgsten Zweifler an dessen Möglichkeit und die ärgsten Schmäher desselben unter denen zu finden, die sich Christen nennen."

Ist es nicht, als ob wir dem Amerikaner antworten könnten: „Fritz, komm, der Pfarrer stichelt"?

Was hat die Schule, was das Kind damit zu thun? Kinder und Eltern hören und sehen, wie die Gegenwart ernstlich bestrebt ist, die Gegensätze des gesellschaftlichen Lebens auszugleichen, zu versöhnen, was Kampf und Streit entzweit. Was hat die Schule mit den Schäden unserer Zeit zu thun? Sie steht über den Parteien. Ja wohl, aber nur über den Parteien, welche den Stand der Gesellschaft selbst nicht antasten. Damit meint Verfasser die Auswüchse der Sozialdemokratie, deren Bekämpfung die Volksschule

sehr wohl mit zu betreiben hat. Weiter erstrebt der Verfasser, der wegen seiner volkswirtschaftlichen Bestrebungen vielfach von Vertretern aller Parteien mißverstanden wird, nichts. Diese Bekämpfung kann nur durch ruhige, sachliche Belehrung ermöglicht werden. Besonders liegt es uns gänzlich fern, für irgendeine konservative oder liberale Partei durch die Schule eintreten zu wollen. Die Schule hat die Pflicht, die Beseitigung der Mängel der Gegenwart in der Wurzel, in den Kindern, anzubahnen. Im Wechsel alles Irdischen soll sie zeigen:

„Alles Ding währt seine Zeit,
Gottes Lieb' in Ewigkeit".

6. Der Verbraucher hat nur die Herstellungskosten zu zahlen. Nach manchesterlicher Ansicht ist es falsch, wenn der Staat den Verbraucher auf irgendeine Weise veranlassen wollte, mehr für erzeugte Güter zu zahlen, als die Herstellungskosten betragen.

a. Der Verbraucher soll also nur die Herstellungskosten bezahlen. Jede neue, arbeitersparende Maschine macht eine Anzahl Arbeitskräfte unnötig, d. h. wirft sie aufs Pflaster. Der Erzeuger sucht — und muß gegenwärtig suchen — so billig wie möglich zu arbeiten, d. h. er beschäftigt viel Frauen und Kinder oder lohnt die Männer so gering, daß sie gezwungen sind, den Mitverdienst von Frau und Kind mit zu beanspruchen. Schlimm ist, daß Zeitungen aller Parteirichtungen oft unbewußt der Selbstsucht dienen. So erklärt Fritz Mayser, Direktor der Mayserschen Hutmanufaktur, Aktiengesellschaft in Ulm, in einem Gutachten über eine Altenburger Hutfabrik: „Die bisherige Ergiebigkeit beruht auf niedrigen Herstellungskosten" (Leipziger konservative Zeitung Nr. 64 vom 17. März 1888). Dasselbe Inserat fand sich in einer nationalliberalen und in einer freisinnigen Zeitung. Es wird also klipp und klar ausgesprochen, daß eine hohe Dividende durch niedrige Löhne erzeugt ist. Hiermit ist eine wunde Stelle der volkswirtschaftlichen Gegenwart bloßgelegt. Der Staat hat für alle seine Unterthanen zu sorgen, also auch für die Arbeiter. In welcher herzgewinnenden Weise der Kaiser für das Wohl der Armen und Bedrängten zu sorgen sucht, hat Verfasser nachgewiesen bei der Besprechung der kaiserlichen Bot-

schaft und den Gesetzen, die daraus hervorgegangen sind; aber es bleibt noch viel zu thun übrig. Reichstag und kaiserliche Regierung suchen erfreulicherweise die Fabrikarbeit der Kinder einzuschränken. Im Juni 1887 hat der Reichstag beschlossen, von 1890 ab die Fabrikarbeit der Kinder erst vom vollendeten dreizehnten Lebensjahre ab beginnen zu lassen. Das ist christliche Freundlichkeit gegen das heranwachsende Geschlecht, gegen die, welche schon von Jugend auf angewiesen sind auf die Arbeit ihrer Hände, um sie vor den mancherlei Versuchungen, die das Fabrikleben nun einmal mit sich bringt, möglichst lange zu bewahren. Die Zahl der in Fabriken beschäftigten Kinder hat seit 1884 von 18 882 auf 21 053 zugenommen; davon entfallen auf das Königreich Sachsen über die Hälfte. Ein Übel ist und bleibt die Fabrikarbeit der Kinder auf alle Fälle. Die menschenfreundlichen Absichten der kaiserlichen Regierung müssen der Jugend gesagt werden, damit sie sieht, daß der Erwachsene und Heranwachsende in erster Linie sein Heil bei Regierung und Reichstag zu suchen habe. Wohin der Grundsatz des Gehenlassens führt, wenn der Staat nicht scharf die Kinder- und Frauenarbeit gesetzlich einschränkt, das bittet der Verfasser nachzulesen in Todts bedeutsamem Werke: „Der radikale deutsche Sozialismus und die christliche Gesellschaft“.

b. Der schwerste Vorwurf, den die Sozialdemokratie gegen den sechsten Grundsatz erhebt, ist der, daß die vorhandene Arbeitskraft nicht den vollen Arbeitsertrag gewährt. Der Arbeiter ist bei Handelsstockungen dem bittersten Mangel ausgesetzt. Hitze sagt in seinem Werke: „Kapital und Arbeit und Reorganisation der Gesellschaft“: „W e n n d a s u n s e r e G e s e l l s c h a f t n i c h t a b ä n d e r n k a n n, d a n n i s t s i e w e r t, d a ß s i e z u g r u n d e g e h t“. Verfasser unterschreibt auch, was die Bitte der Krefelder Seidenweber an den Reichstag enthielt: „Eine Industrie, die nicht imstande ist, ihren Arbeitern einen auskömmlichen Lohn zu gewähren, ist wert, daß sie zugrunde geht“.

c. Ferner meinen die Sozialdemokraten, daß die Verbesserung der Maschinentechnik nicht den Arbeitern zugute komme, ja oft für sie ein Unglück sei, da gewöhnlich Menschenkräfte dadurch erspart werden, d. h. der Arbeiter wird erwerbslos. Max Schippel beweist das in seinem trefflichen Buche: „Das moderne Elend und

die moderne Übervölkerung". Zwar bringt jede Verbesserung an Maschinen neue Arbeitsgelegenheit, aber nicht in dem Maße, wie sie ältere vernichtet. Wer heute noch, so meint Schippel, an die „Harmonie aus sich selbst" (Bastiat) glaubt, erzeugt Jammer auf Jammer und trägt bewußt oder unbewußt dazu bei, daß die Sozialdemokratie zunimmt. Deutliche Beweise dafür finden wir in Belgien, Frankreich und Nordamerika. In allen drei Ländern hat das Manchestertum in den Augen Denkender gründlich abgewirtschaftet. Amerika bietet uns außerdem noch das lehrreiche Beispiel, daß die Judenfrage wenig oder nichts zu thun hat mit den wirtschaftlichen Schäden der Gegenwart. Dort giebt es keine maßgebenden Juden, und doch sind viele wirtschaftliche Verhältnisse unerträglicher als bei uns. Das Gebahren vieler Kohlen-, Eisenbahn- und Börsenkönige erinnert sehr lebhaft nicht an eine freie Republik, sondern an — Despotie. Henry George weist das vielfach in „Fortschritt und Armut" nach.

d. Wohl fast alle kranken wir an der falschen Meinung, das Glück eines Ortes, eines Landes hänge davon ab, daß seine Einwohnerzahl sich hebt. Freudig erregt sind wir darum — auch im Geographieunterrichte —, wenn die neue Volkszählung uns einige oder viele Hunderttausende Einwohner mehr aufweist. Danach müßten folgerecht die Einwohner des großen, großen Perserreiches viele Male glücklicher gewesen sein, als die des kleinen Griechenland. Auch darauf kommt es nicht an, daß sich unsere Handels- und Erzeugungswerte allmählich sehr, sehr vermehren, wenigstens nicht in erster Linie, sondern darauf, daß sich möglichst viele Menschen, wenn es sein könnte, alle redlichen Arbeiter, in Deutschland wohl fühlen, daß möglichst viele hier die Bedingungen ihres Daseins finden, daß ein zahlreicher, gut gestellter Mittelstand (Bauer und Gewerbetreibender), aber auch ein gut bezahlter Arbeiter sich behaupten kann, daß die übergroßen Gegensätze zwischen Reichtum und Armut vermindert werden, selbstverständlich auf gesetzlichem Wege. „So aufgefaßt, berührt sich die Volkswirtschaft mit den höchsten Fragen und Aufgaben, die es für den Menschengeist giebt. Indem sie die Besserung der Volkswirtschaft zum Gegenstande haben, beziehen sie sich auf die Besserung einer der wesentlichsten Vorbedingungen des Volksglückes, auf die Sicherung einer der wesentlichsten Garantieen des Kulturlebens und Kultur-

fortschritts der Menschheit, auf die Verwirklichung der Ideen der Gerechtigkeit, der Humanität und Sittlichkeit." (Professor Schönberg-Tübingen, Handbuch der politischen Ökonomie.)

....

Verfasser hebt noch einmal hervor, daß die betrachteten Sätze des Manchestertums keineswegs das System desselben erschöpfen. Das Gebotene genüge, um den Leser davon zu überzeugen, daß volkswirtschaftliche Belehrungen eine Fülle ethischer Anregungen bieten. Bei dem „christlich" will Verfasser noch einen Augenblick verweilen. Es ist nötig, den Kindern klar zu machen, daß der gläubige Christ durchaus nicht ein Dummkopf oder ein Heuchler oder ein Unwissender in den Naturwissenschaften — so ungefähr stellen viele die hin, die am positiven Christentume festhalten — zu sein braucht. Das wird uns bei manchem Verirrten Achtung erzwingen vor unserem Berufe, Achtung vor dem Lehrerstande. Die wird uns und ist uns noch nie, auch von feindseligen Mächten, und deren finden wir in allen Parteien, auf die Dauer versagt worden, sofern wir unablässig tüchtig weiter arbeiten, praktisch in der Schule, theoretisch durch Vertiefung unseres Wissens auch auf wirtschaftlichem Gebiete. In diesem Sinne hat nicht bloß die Schule die Zukunft, sondern auch der Lehrer, nämlich die Zukunft besserer Tage seines Volkes. Erweisen wir in unserem ganzen Leben und Streben die Nichtigkeit des Bastiatschen Satzes: „Sittlichkeit darf sich in der Volkswirtschaftslehre nicht zeigen; denn die Selbsucht hat die Menschen zu allgemeiner Glückseligkeit zu führen".

III.

Methodisches, Stoffauswahl, Gesetzeskunde.

1. **Volkswirtschaft fürs weibliche Geschlecht.** In der Volksschule, dem Hauptblutkanale der Nation, sind nach unserer Ansicht volkswirtschaftliche Belehrungen für die weibliche

Jugend ebenso notwendig wie für die männliche; denn die Frau hat im besonderen Sinne das wirtschaftliche Glück oder Unglück der Familie in Händen. Ausführlich verbreitet sich darüber Professor Lorenz v. Stein in seinem Werke: „Die Frau auf dem Gebiete der Nationalökonomie“. Er sagt darüber in einer Stelle dieser Schrift folgendes:

„Wenn die Lehre von der Produktion und ihren Bedingungen die Nationalökonomie der männlichen Kraft ist, so ist das Verständnis ihrer Gewalt, ihrer Ordnung, ihres unwiderstehlichen Einflusses das, was wir die Nationalökonomie der Frau nennen. Ich kann nicht umhin, Wert auf diesen Ausdruck zu legen. Unsere Zeit ist wohl in keiner Hinsicht eine so eigentümliche und anspruchsvolle, als in Beziehung auf das Bildungswesen. Eines der größten und gewaltigsten Resultate des vorigen Jahrhunderts wie der großen Erbschaften desselben, die wir zu verwalten haben und auch wirklich verwalten, ist der Gedanke, daß wir mit allen Kräften des Staates wie des Einzelnen das Bildungswesen zu fördern haben. Wir wissen es, daß in der Bildung zugleich die höchste Form der geistigen Vollendung und ein unerschöpfliches Kapitel enthalten ist, daß jede einzelne Kraft sich selber erzeugen und entwickeln kann. Wir wollen daher, daß niemand ohne Bildung bleibe. Wir beginnen von unten, und immer höher steigt das mittlere Maß dessen, was wir einerseits fordern und anderseits geben. Das ist auf diesem Gebiete der Charakter dessen, was unsere Gegenwart leistet. Aber wir haben dabei, wie es in großen Dingen immer der Fall ist, uns vor einer gewissen Einseitigkeit nicht bewahren können. So haben wir es auch zum Teil mit der Nationalökonomie gemacht. Wir wissen, welche unendliche Wichtigkeit die Frau für das wirtschaftliche Leben der Welt hat. Giebt es etwas Natürlicheres, als daß auch sie Nationalökonomie kenne? Aber ich glaube, wir haben für das richtige Ziel nicht den richtigen Weg eingeschlagen. Der Wert jedes Dinges und so auch der Wert jeder Kenntnis beginnt für das praktische Leben da, wo ich sie brauchen kann, und niemand wird es bestreiten, daß in der That das Verständnis eben dieser Brauchbarkeit die Bedingung für jede wahre Teilnahme an jeder Sache ist. Mir will es daher scheinen, daß der Punkt, auf welchem die großen Begriffe und Gesetze der Nationalökonomie in das wirkliche Leben der Frau hineingreifen, zugleich der sein muß, auf dem ich ihre innere Teilnahme zu suchen habe und finden werde. Mir scheint es von mäßigem Werte, daß eine Frau die Elemente des abstrakten Systems jener Wissenschaft hersagen könne, von unendlich großem dagegen, daß sie wisse, wieviel und was sie in ihrem Kreise für das gewaltige Gebiet thun kann, das sich ihr hier zu öffnen beginnt. Es ist meiner innigsten Überzeugung nach unendlich viel wichtiger, die Frau viel mehr mit dem Geiste, als mit den Begriffen der Nationalökonomie zu erfüllen; sie wird alles, was ihr gesagt werden mag, mit ihrem gesunden Sinne leicht und klar verstehen, wenn sie besser weiß, wofür, als warum etwas gilt und gefordert wird. Die Nationalökonomie selbst wird in ihrer Achtung steigen, wenn sie erkennt, daß jene sie achtet und warum si

dieselbe so hoch achten muß, und ich wage es zu gestehen, daß ich die Frau viel höher schätze, die stolz ist auf das, was sie zu leisten, als auf das, was sie zu definieren versteht. Darum ist jene Nationalökonomie der Frauen die Lehre und das Verständnis der spezifischen Stellung und Aufgabe der Frau im Leben der Güter überhaupt, im Leben der Wirtschaft insbesondere. Unsere Nationalökonomie soll der Frau sagen, worin ihr hoher, zugleich wirtschaftlicher und durch ihre wirtschaftliche Gewalt auch ethischer Wert besteht; dann erst wird sie ihr selbst wert werden. In diesem Sinne habe ich versucht, den Kern und die eigentliche Aufgabe derselben in den theoretischen Begriff der Konsumtion zu legen, der sich zu dem praktischen der Hauswirtschaft entfaltet."

2. Die nationale Seite der Volkswirtschaft. Der Stoff volkswirtschaftlicher Belehrungen muß in einer solchen Weise geboten werden, daß er Vaterlandsliebe erweckt. Das hat Verfasser wenigstens in den „Ergänzungen", denen ein volkswirtschaftliches Lesebuch und eine Bearbeitung für Fortbildungsschulen folgen werden, versucht. Sie sollen immer und immer wieder hinweisen auf den, der wahrhaft und väterlich für alle Unterthanen unseres mächtigen Deutschen Reiches sorgt. Das soll auch angedeutet werden auf dem Titelblatte mit der Wendung: „Vom christlich-nationalen Standpunkte". Von der Geschichte sagt Goethe: „Das Beste an ihr ist die Begeisterung, die sie weckt". Das wird besonders dadurch erreicht, daß man den Kindern das Verständnis der Gegenwart zu erschließen sucht. Eine unserer vornehmsten Pflichten als Lehrer ist die, Liebe zu Kaiser und Reich und zum angestammten Fürstenhause in den Kindern zu erwecken. Das ist schon viele tausendmal vor mir gesagt worden. Schöne Worte allein thun es hier nicht, mitunter sogar garstig klingende mehr. Wenn Friedrich Wilhelm I. den Juden, die vor ihm flohen, weil sie sich so fürchteten, mit dem Stocke die Liebe einzuprügeln suchte, indem er dazu sprach: „Ihr sollt mich nicht forchten, sondern lieben!", wenn er die Berliner Geldsäcke zwang, schöne Häuser zu bauen und dadurch Berlin zu einer der Hohenzollern würdigen Residenz umzuwandeln, so hat er freilich dadurch nicht Liebe erregt. Wenn wir aber dem Kinde den rastlosen Eifer dieses gewaltthätigen, aber von dem glühendsten Eifer für seines Volkes Wohl erfüllten Regenten nahezulegen suchen, wenn wir erzählen, wie er aus dem gänzlich verödeten Ostpreußen ein wirtschaftlich blühendes Land, wie er 1700 Lehrerstellen geschaffen hat, dann wird sich unwillkürlich die Flamme der Begeisterung in den jugendlichen Herzen entzünden,

wie im Winter 1887—88 in Alldeutschland bei der schweren Erkrankung Kaiser Friedrichs III., der sein Interesse für Einführung wirtschaftlicher Belehrungen auch dadurch bethätigte, daß er allergnädigst geruhte, die „Ergänzungen" seiner Bibliothek einzuverleiben. Wir Erwachsenen wissen, was wir ihm zu verdanken, was, wenn Gott unsere heißen Gebete um seine Wiedergenesung erhört, wir von ihm zu erwarten haben, und unsere Schüler hören es von uns. Auch Se. Kaiserl. Königl. Hoheit Kronprinz Wilhelm hat, wie das Hofmarschallamt von Potsdam unter dem 11. Januar cr. mitteilt, mit Interesse von den „Ergänzungen" Kenntnis genommen und Höchstsich anerkennend über dieselben geäußert.

Wie hat es denn die Mutter angefangen, als sie in unsere Herzen die ersten Samenkörner der Liebe und Ehrfurcht vor Gott legte? Nun, sie hat etwa gesagt (oder durch ihre Handlungen gezeigt): „Siehe, mein liebes Kind, so wie dein guter Vater und ich dich liebhaben und dir alles Gute erweisen, so ähnlich, nur in viel höherem Maße, umfaßt auch Gott mit seinem allerbarmenden Herzen die großen und kleinen Nöte der Menschheit, hört auch dein kindliches Gebet und leitet durch seine Engel deine Schicksale". So ähnlich ist es mit der Vaterlandsliebe. Sie läßt sich nicht einpredigen. Sie muß zu einem guten Teile auf Überzeugung beruhen. Dazu trägt ganz besonders eine eingehende Auseinandersetzung der Zwecke und Ziele der wirtschaftlichen Gesetzgebung bei, wie wir sie unter II. ausführlich dargelegt haben. Worauf beruht denn die innige Liebe des ganzen deutschen Volkes zu unserem verewigten Kaiser? Wir Erwachsene wissen, was er unserem Volke war bis zu seinem letzten Atemzuge, und unsere Kinder hören es von uns. („Ich habe jetzt nicht Zeit, müde zu sein.")

Von diesem Gesichtspunkte aus betrachten wir auch die Forderung: „Die Schule hat Kulturgeschichte zu treiben". Aufgestellt wird sie oft, aber die Ausführung läßt mitunter zu wünschen übrig. Wir bieten in den „Ergänzungen" Kulturgeschichtliches unter neuen Gesichtspunkten. So soll das Kapitel „Zustand der Naturvölker" uns die traurigen Verhältnisse nichtchristlicher Völker und damit die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Mission auch vom wirtschaftlichen Standpunkte zeigen, die „Geschichte der Arbeit" den arbeiterfreundlichen Sinn des Moses,

Jesus, Paulus u. a. und damit darauf hinweisen, daß die heilige Schrift die wahren sozialpolitischen Grundgedanken birgt, der „Luxus“ auf das, was zu unserem wahren Frieden dient, nämlich einfacher, anspruchsloser Sinne, Genügsamkeit und Zufriedenheit mit dem Berufe, den wir erwählt haben. Goldene, hierauf bezügliche Worte enthält der Erlaß Kaiser Friedrichs III. an den Reichskanzler vom 12. März 1888. Es heißt da u. a.: „Nur ein auf der Grundlage von Gottesfurcht in einfacher Sitte aufwachsendes Geschlecht wird hinreichend Widerstandskraft besitzen, die Gefahren zu überwinden, welche in einer Zeit rascher wirtschaftlicher Bewegung, durch die Beispiele hochgesteigerter Lebensführung Einzelner, für die Gesamtheit erwachsen. Es ist Mein Wille, daß keine Gelegenheit versäumt werde, in dem öffentlichen Dienste dahin einzuwirken, daß der Versuchung zu unverhältnismäßigem Aufwande entgegengetreten werde“.

Hören wir Dr. Schmidt-Warneck darüber aus seiner sozialpolitischen Propädeutik. Er vertritt mit Begeisterung den Grundsatz, daß es nötig ist, der Staatshilfe für die Bedrängten die breiteste Grundlage zu geben. Es heißt S. 127 f.:

„Unerläßlich ist der Nachweis, daß alle Versuche, die monarchische Staatsleitung zu umgehen und durch republikanische, demokratische und sozialistische Gemeinschafts- und Verwaltungsformen zu ersetzen, nicht sowohl zur Freiheitsentwickelung des Volkes als vielmehr zu dessen Freiheitsschmälerung führen, weil Freiheit nicht ohne Ordnung, Ordnung nicht ohne Regierung, aber jede Regierung außer der monarchischen eine halbe, hinkende Regierung ist, welche niemals wie die monarchische den Fortschritt der Zeit am Arme führt, sondern von den Launen der Zeit am Narrenseile hin- und hergezogen wird. . . . . Die großen, sozialpolitischen Aufgaben des Staats, zu deren Lösung der Fürst-Reichskanzler den ersten Schritt gethan hat (will jetzt den dritten thun; Anm. d. Verf.), können nicht der Initiative der Staatsregierung entraten, um der privaten Selbsthilfe des Volkes und der Kommune überlassen oder höchstens nur der Staatskontrolle unterworfen zu bleiben. Sie erscheinen vielmehr als wesentliche Aufgaben der inneren Politik einer Staatsregierung, einer Politik, wozu keine Regierung eine entsprechende Qualifikation besitzt, als die konstitutionelle Monarchie.

Übrigens betrachten wir es als wesentlich an der ganzen Sache — einer sozialpolitischen Propädeutik — nicht sowohl die äußere Ordnung des zu behandelnden Stoffes, als vielmehr die Art der Behandlung, welche sich zu der summarischen Konsequenz zuzuspitzen hat: ‚Will man Parlament und soziale Reform, so muß man auch die konstitutionelle Monarchie und deren energische Regierungsfähigkeit in Initiative und Exekutive wollen‘.“

Auch der „Hannoversche Kurier“ spricht sich über die gründliche Betonung der nationalen Seite des volkswirtschaftlichen Unterrichtes warm aus:

„Es muß der Sinn für nationale und gemeinnützige Interessen geweckt, Achtung vor dem Gesetze und vor der Autorität gelehrt, und der Charakter gebildet werden. Die soziale Gesetzgebung, welche von der Regierung begonnen ist, muß die höheren Klassen dazu führen, den Bedürfnissen der arbeitenden Klassen und der materiellen Lage derselben ein größeres Verständnis entgegenzubringen, die humanen Bestrebungen zur Hebung des vierten Standes zu fördern und dem raffinierten Materialismus und Luxus zu entsagen, der so vielfach das Leben beherrscht. . . . Deutschland hat eine große Kulturaufgabe zu erfüllen, die Begründung eines großen, friedfertigen Reiches im Herzen Europas, welches die Leidenschaften und den Ehrgeiz der Friedensstörer Europas niederhält und eine Ära des Friedens auf unserem Weltteile anbahnt. Dieser Rolle ist aber Deutschland nur gewachsen, wenn es alle seine materiellen nnd sittlichen Kräfte zusammenfaßt, wenn es innerlich geeinigt und von dem Gefühle seiner zukünftigen Größe, Opfer zu bringen, durchdrungen ist.“

Ferner tritt der „Rheinische Kurier“ für eine bessere, wirtschaftliche und praktische Bildung unserer Jugend ein und sagt an einer Stelle:

„*Wie traurig ist es, um nur ein Beispiel anzuführen, bei den Studenten mit dem Wissen in nationalökonomischen Dingen* bestellt! Die Unwissenheit in dieser Disziplin ist in unseren gebildeten Ständen im ganzen und großen eine geradezu erschreckliche. Darf es darum wunder nehmen, daß die Sozialdemokraten, welche ihre ökonomischen Sprüchlein hübsch auswendig wissen, mehr und mehr die Herrschaft über die Massen an sich reißen und auch gewinnen, da ihnen kein gebildeter Mann entgegentritt, der sie mit seinen Gründen abführen kann?“

3. Volkswirtschaftliche Belehrungen müssen *politisch* parteilos gehalten sein. Ein weiteres notwendiges Erfordernis volkswirtschaftlicher Belehrungen ist ihre *politische Parteilosigkeit.* Das wird jeder für selbstverständlich halten. Doch ist dieser Grundsatz leichter ausgesprochen als strikte in einem Lehrbuche durchzuführen. Verfasser kann versichern, daß er bei Abfassung der „Unterredungen“ und „Ergänzungen“ diese Schwierigkeit sehr lebhaft gefühlt hat, vermutet auch stark, daß es ihm nicht überall gelungen sein wird, stets seinem eigenen Grundsatze nachzukommen. Aber das kann versichert werden, daß wir uns *ernstlich bemüht* haben, parteilose Lehrbücher zu beschaffen. Die meisten der uns zugebote stehenden (älteren) wissenschaft-

lichen Nationalökonomieen huldigen dem Manchestertum, die neuesten verurteilen es wieder ganz und gar. Hierbei, d. h. in wirtschaftlichen Dingen, kann der Lehrer nicht gut parteilos sein. Er muß sich für das Eine oder das Andere entscheiden. Wohin wir neigen, haben wir hoffentlich deutlich genug ausgesprochen. Selbst die Forderung der politischen Parteilosigkeit halten wir nur mit gewissen Einschränkungen für richtig. Es liegt Wahrheit in dem Satze, daß die Schule stets *über* den Parteien stehen soll, aber nur über *den* Parteien, welche den Stand der Gesellschaft selbst nicht antasten, wie bereits gesagt wurde. So warm, voll und ganz, wie wir die berechtigten Forderungen der Sozialdemokratie anerkennen, denen die wirtschaftliche Gesetzgebung der kaiserlichen Regierung Abhilfe zu verschaffen sucht, ebenso energisch gehen wir ihnen zu Leibe, soweit sie den Rechtsstaat verneinen. Wir haben das auch ausdrücklich in den „Ergänzungen" betont. Trotzdem wirft uns die „Post" in ihrer Nummer vom 1. Dezember 1887, die eine Beurteilung des Buches bringt, Inkonsequenz vor, da wir trotz zugesicherter Parteilosigkeit die Sozialdemokratie hart bekämpfen. Man merkt, daß der Beurteiler nur flüchtig hingesehen hat. Ob unsere Schüler später als Männer dieser oder jener Partei sich anschließen, halten wir für ziemlich gleichgültig. Die Hauptsache ist, daß wir *praktische, Gott, unserm Kaiser und Fürsten ergebene Menschen heranbilden, die ein offenes Auge für die Schäden unserer Zeit haben, die als Wähler mehr als bisher Männer des werkthätigen Lebens in Reichstag, Abgeordnetenhaus und kommunale Vertretungskörper schicken, d. h. intelligente Landwirte und Gewerbetreibende*, nicht so überwiegend Beamte. In dieser Beziehung können wir — wie auch in anderen — von den Sozialdemokraten lernen. Sie stellen als Wahlkandidaten mit Vorliebe Personen des gewerblichen Lebens auf. *Nun, da soll wohl der Lehrer gar keine politische Meinung haben? O ja, sogar eine ausgeprägte. Aber die Meinung, als ob die liberalen Parteien vorzugsweise die Schul- und Lehrerinteressen verfechten, ist, wenn auch nicht falsch, so doch einseitig.* Wir könnten da mit bestimmten Beispielen aufwarten. Hier nur eins. *Die freisinnige Berliner Stadtverwaltung stellt als Schulinspektoren nur akademisch Gebildete an*, der

Staat oft genug seminarisch gebildete Lehrer. Wer hat denn das preußische Pensionsgesetz für die Lehrer beantragt? Die Freikonservativen. Wir meinen also, nehmen wir Lehrer doch wirtschaftliche Verbesserungen, woher wir sie bekommen können. Der sicherste und umsichtigste Vertreter ist der Staat. Der verstorbene Seminardirektor Berdrow-Altdöbern hat ein besonderes Buch darüber geschrieben: „Die Verdienste der Hohenzollern um die Schule". **Die kaiserliche Regierung würde an den 90000 Lehrern Deutschlands einen sehr starken, später nach Befinden unentbehrlichen Bundesgenossen haben, wenn wir für die Ideeen der staatlichen Wirtschaftsgesetzgebung einträten. In diesem Sinne könnten wir uns vielleicht dauernd als die „lieben Kampfesgenossen" Bismarcks behaupten.**

Über allem Parteitreiben, auch über der Verfechtung unserer Standesinteressen, soll uns Vaterland und Verfassung, Kaiser und Reich stehen. Wer an ihren Grundsäulen rüttelt, „den sehe ich gar nicht an". (Freiherr v. Manteuffel, verstorbener Statthalter in Elsaß-Lothringen.)

4. Methodik im engeren Sinne. Nun zu den methodischen Bemerkungen im eigentlichen Sinne des Wortes. Zunächst ist für die Hand des Lehrers ein Schulbuch im strengen Sinne des Wortes nötig, ein Schulbuch, das neben dem Stoffe möglichst die Methode bietet, nicht ein Schülerbuch. Dafür ist eine besondere Bearbeitung nötig. Das Erste aber ist, daß die deutschen Schulbehörden und die deutsche Lehrerschaft für diesen Unterrichtszweig interessiert werden. Es kommt ungemein viel darauf an, daß der Lehrer gern volkswirtschaftliche Belehrungen traktiert. Die Schüler hören volkswirtschaftliche Belehrungen sehr gern. Das können wir aus persönlicher vieljähriger Erfahrung bestätigen. Ein Lehrbuch ist möglichst entwickelnd zu halten. Warum? Die Volkswirtschaftslehre hat es wie jeder andere realistische Unterrichtsgegenstand — ja sie ist, ganz streng genommen, der einzige ganz reale Lehrstoff — oft mit Begriffen zu thun. Diese können gegeben werden. Das ist die deduktive Methode. Nach ihr sind unsere Leitfäden (die oft richtiger **Leid**fäden genannt werden sollten) gewöhnlich abgefaßt. Wir haben nichts gegen sie, sofern sie wenig-

stens ihre Sätze mit Beispielen belegen. Die entwickelnde Lehrmethode, anknüpfend an die wirtschaftlichen Erscheinungen des Lebens, hat zunächst bekannte Vorstellungen heranzuziehen. Die Zillerianer nennen das Analyse. An analytischen, wirtschaftlichen Vorstellungen fehlt es unseren Kindern nicht, wenigstens nicht so viel, wie in vielen anderen Lehrgegenständen. Denn in wirtschaftlichen Vorstellungen leben, weben und sind wir alle. Wir müssen darum auch stets nur lachen, wenn sich allerlei Redakteure darüber ereifern, daß wirtschaftlicher Lehrstoff angeblich für Volks- und andere Schüler zu schwer sei. Die psychologische Grundlage, eine reichhaltige, wirtschaftliche Vorstellungsmasse, ist entschieden vorhanden. Hiervon ist stets auszugehen. Wir haben uns bemüht, diesen obersten Grundsatz in den „Unterredungen" und „Ergänzungen" durchzuführen. Trotzdem ist es uns mitunter nicht gelungen, den Erfahrungskreis der Schüler genügend zu berücksichtigen. Es ist das dem Umstande zuzuschreiben, daß wir brauchbare, volkstümlich gehaltene Werke so gut wie gar nicht benutzen konnten. Ein volkswirtschaftliches Lehrbuch entwickelnd zu bearbeiten, kostet freilich mehr Mühe und Zeit, als aus zehn Büchern ein elftes zu beschaffen, das brauchbar ist. Die gesammelten wirtschaftlichen Erscheinungen des gewöhnlichen Lebens bringen wir zum Verständnisse (Synthese oder Darbietung der Zillerianer) und schaffen Belege dazu aus Erfahrung, Geschichte und Poesie (Verknüpfung oder Association). Erläuternde Beispiele geschichtlicher Art nehmen wir gern aus der heiligen Schrift. Das wird mancher für Verweltlichung derselben halten. Wir sind entgegengesetzter Ansicht. Beweisen wir unseren Kindern, daß auch die Gesetze wirtschaftlicher Glückseligkeit in der Bibel zu finden sind, besonders in den Aussprüchen Christi und seiner Apostel, dann werden wir an unserem Teile praktischer, überzeugender lehren (vgl. S. 46), auch im Religionsunterrichte. Der freie Vortrag muß demnach der Hauptsache nach katechetisch gehalten sein, bei vorgeschrittenen Schülern auch darstellend (Ziller), oft von Frage, Antwort und Schülerrede unterbrochen werden. Eine Begründung hierzu ersparen wir uns, da wir ja meist zu Lehrern sprechen. Kulturgeschichtlichen Momenten gönnen wir mehr Raum (vgl. S. 46). So behandeln wir praktisch die Zillersche Associationsstufe in volkswirtschaftlichen Beleh-

rungen. Auf die vierte formale Stufe, das System, also Erhebung volkswirtschaftlicher Ausführungen zum Gesetze, Gewinnung regelrechter Definitionen, legen wir — für Volksschulen — wenig Wert, für die Fortbildungsschule schon etwas mehr. Für den Volksschüler genügt, wenn ein Verständnis wirtschaftlicher Fragen angebahnt wird. Alles gelehrte Beiwerk wird nur sicher dazu beitragen, dem Lehrer und Schüler sehr bald wirtschaftliche Belehrungen gründlich zu verleiden. Das unsere Antwort auf die Klagen verschiedener Nationalökonomen von Fach, als ob wir nicht wissenschaftlich genau und gründlich gearbeitet hätten. Gerade von dieser Seite aus sind ganze Ströme von Tinte und Druckerschwärze dafür verwendet worden, um die Notwendigkeit wirtschaftlicher Belehrungen nachzuweisen. Aber bis zu einer That hat es bisher niemand gebracht. Kann ein volkswirtschaftlicher Satz in einen Spruch, in einen Liedvers oder ein Sprichwort ꝛc. zusammengefaßt werden, dann heißen wir das „System" gut; sonst halten wir es mit dem Grundsatze: „Fort mit allen Definitionen". „Ja", sagt da jemand, „du bringst ja selber Definitionen in deinen ‚Ergänzungen'." Ja freilich, aber die sind für den Lehrer bestimmt. Die Gelehrten unter den Nationalökonomen und Staatsrechtslehrern halten wirtschaftliche Belehrungen in Schulen für verwerfliche Afterweisheit, nennen es Halbbildung. Wenn nur ihre streng, hübsch in ein System geschnürten, „gründlichen" Erklärungen bestehen bleiben, was kümmert es sie, daß die Sozialdemokraten es seit 1871 von 100 000 auf nahezu 800 000 Stimmen gebracht haben. Für sie ist die gegenwärtige Wirtschaftslage „die beste aller Welten" (Leibniz). Und wenn sie es nicht ist, so muß sie es sein; denn das „System" beweist das ja. Auch kann nicht zugegeben werden, daß die Vertreter der staatsseitigen Wirtschaftshilfe recht behalten sollten vor einer solchen Unsumme von Gelehrsamkeit. Bei der vierten Zillerschen Formalstufe wollen wir auch kurz die Gewinnung ethischer Begriffe erwähnen, die uns ja unter II speziell beschäftigt haben. So muß z. B. der Lehrer wiederholt nachweisen, daß Wohlergehen als notwendige Voraussetzung Frömmigkeit, Arbeit- und Sparsamkeit haben muß.

Nun zur fünften Zillerschen Formalstufe, der Methode (Herbart meint damit die Anwendung bzw. Aneignung des Lehrstoffes). Den für eine Stunde bestimmten Stoff schreiben wir in Form

eines Gedankenganges vor Beginn des Unterrichtes an die Wandtafel, die Schüler in ihr Tagebuch. In unseren Lehrbüchern haben wir sie über jedes Kapitel, in den „Ergänzungen“ noch ein zweites Mal an den Rand drucken lassen. Es soll dadurch dem Lehrer die Beherrschung des Stoffes erleichtert werden. Nach $^3/_4$ Stunden wiederholen wir kurz die Hauptsache des Besprochenen und lassen es auf Grund des Gedankenganges oder von Wiederholungsfragen mündlich und (möglichst oft) auch schriftlich wiedergeben. Die jedem Kapitel hinzugefügten Fragen und Aufgaben sind vielfach so gehalten, daß sie der Durchschnittsschüler auch wirklich beantworten kann. Wir hoffen, dadurch die Brauchbarkeit beider Lehrbücher zu erhöhen. Zusammenfassende Fragen bedürfen einer besonderen Behandlung des Stoffes. Auch sind einige Fragen für gewecktere Schüler bestimmt. Der Lehrer kann sich an der Hand der Fragen und Aufgaben leicht des Stoffes mit der Feder in der Hand bemächtigen. Wir tadeln an vielen Lehrbüchern und Leitfäden, daß sie nicht genug Gewicht auf die Stoffaneignung legen.

5. Die Bemerkungen über Ethik und Methodik volkswirtschaftlicher Belehrungen, wie wir sie bisher ausgeführt haben, gelten im großen und ganzen in gleicher Weise für Volks- und Fortbildungsschule. Nur sind die Beispiele in der Fortbildungsschule selbstverständlich anders zu wählen als in der Volksschule; auch ist dort, wenn Zeit genug, Volkswirtschafts**lehre** systematisch zu treiben.

a. Es bleibt uns noch übrig, die Notwendigkeit volkswirtschaftlicher Belehrungen für Seminare nachzuweisen. Das ist leicht. Ist volkswirtschaftliche Unterweisung in Volks- und Fortbildungsschulen notwendig, so in den Seminaren erst recht. Wir wollen hier nur andeuten, wie wir uns die praktische Gestaltung bzw. Beschaffenheit eines Lehrbuches für Seminare denken. Dieses kann als „volkswirtschaftliche Ergänzung für den Lehrstoff der deutschen Seminare“ gehalten sein. Worin hätte der Inhalt des Buches zu bestehen? Zunächst müßte es eine größere Menge Musterlektionen enthalten. An diese hätten sich litterarisch-volkswirtschaftliche Proben von den bedeutendsten Vertretern aller Zeiten aus der Geschichte der Volkswirtschaftslehre anzuschließen, vorzüglich die Nationalökonomen der neueren Zeit, also Rodbertus, Wirth, Witte, Hertzka, Samter, Stöpel, Schmidt-Warneck u. a. Dieser

Vorschlag bietet den Vorteil, daß eine Einführung volkswirtschaftlicher Belehrungen in den Seminarunterricht keine besonderen Schwierigkeiten finden wird, aber den Nachteil, daß der Unterricht nicht in einer Hand ruht. Letzteres würde dafür sprechen, die Volkswirtschaftslehre als besondere Disziplin zu traktieren. Wir wagen nicht zu erklären, welche von beiden Möglichkeiten wir für die bessere halten. Aufnahme finden müßten auch Gesetze über Bevölkerung, Heiraten der Lehrer, Kindererziehung vom wirtschaftlichen Standpunkte aus. Wir halten das frühe Heiraten der Lehrer für einen Krebsschaden unseres Standes. Wir wissen wohl, daß uns hierin viele Leser widersprechen werden. Der Satz möchte den jungen, angehenden Lehrern recht sehr deutlich bewiesen werden: „Das Recht, eine Familie zu gründen, hat nur der — vom ethischen Standpunkte aus — der sie standesgemäß ernähren kann". Wenn schon bloß diese Angelegenheit, die so viel Elend, Mutlosigkeit und wirkliche Not in Lehrerfamilien hervorruft, Tausende unserer jungen Herren Amtsgenossen veranlaßte, volkswirtschaftlichen Studien sich hinzugeben! Sie würden dadurch auch einen reichen Gewinn für ihr eigenes wirtschaftliches Wohlbefinden ziehen. Es ist nicht recht, früh zu heiraten und eine Witwe mit 6, 8 oder 10 unversorgten Waisen zu hinterlassen mit dem schweren Kampfe ums Dasein und der Bettelei in unseren Fachzeitungen. Wir äußern uns freimütig über diesen wunden Punkt. Schon einige Jahre höheres Lebensalter thun außerordentlich viel. Ein 25-, 27- oder 30jähriger Lehrer sieht das Leben mit ganz anderen Augen an, als der soeben entlassene Seminarist, der in Hymens Joch alle Süßigkeiten der Welt zu finden hofft, aber bald merken muß, daß es auf dieser unvollkommenen Welt auch nicht an Träbern im Ehestande eines Lehrers fehlt; letzteres besonders dann, wenn die wirtschaftliche Not nicht bloß zum Fenster hineinsieht und an die Thüre pocht, sondern wenn sie sich mitten in der Wohnung befindet. Wohl kennen auch wir den schönen und wahren Satz: „Armut ist keine Schande und Reichtum macht nicht glücklich", wenigstens die erste Hälfte. Aber umgekehrt ist der Satz auch richtig: „Armut macht nicht glücklich und Reichtum ist keine Schande". Verfasser spricht hier nicht im Sinne des gemeinen, materiellen Eigennutzes, sondern vom ruhig überlegenden volkswirtschaftlichen Standpunkte aus, der sich mit dem wahren Idealismus sehr wohl verträgt,

jedenfalls besser, als wenn es bei der Verheiratung nach Paul Lindau heißt: „Er war ein Maler und sie hatte auch nichts“. Mit dem Idealismus, auf den uns Lehrer gern solche Herren hinweisen, die sehr wohl für ihre eigenen materiellen Bedürfnisse zu sorgen wissen, hat es überhaupt seine eigene Bewandtnis. Nur starke Naturen können sich ihn unter wirtschaftlichem Drucke bewahren. Hertzka bringt in seinen „Gesetzen der sozialen Entwickelung“ zwei Kapitel: „Übervölkerung“ und „Moral und Sitte der sozialen Gesellschaft“, von denen Verfasser wünschte, daß sie jeder unverheiratete und verheiratete Lehrer lese. Noch eingehender verbreitet sich Stöpel über dieses Thema: „Die Bevölkerungsfrage“ (58 S.). Die Unhaltbarkeit des Malthusischen Gesetzes wird überzeugend nachgewiesen.

b. Über volkswirtschaftliche Belehrungen in Gymnasien und Realschulen schweigt Verfasser. Er will auch den Schein vermeiden, als wollte er über Dinge sprechen, die er nicht genau kennt.

6. Die Gruppierung und Stoffverteilung volkswirtschaftlicher Belehrung hängt selbstverständlich von der Art der Schulen ab. Es wäre ein unnützes wie gegenwärtig nutzloses Verfahren, eine solche für Seminare aufzustellen. Wir begnügen uns deshalb mit einer Skizzierung für Volks- und Fortbildungsschulen.

a. Stoffverteilung für Volksschulen. Vorbemerkung: Ein großer Teil der deutschen Lehrer wird sagen: „Wir haben keine Zeit zu volkswirtschaftlichen Belehrungen; der Stoff erdrückt uns so wie so schon“. Wir geben zu bedenken: der Wert des Unterrichts hängt keineswegs bloß von der Menge des angeeigneten Stoffes, sondern auch davon ab, daß gläubige, warmherzige, dabei praktisch tüchtige und vorurteilslose Kinder unsere Schulen verlassen. Wir meinen auch gar nicht, daß der Stoff in dem dargelegten Umfange durchgearbeitet werden soll, ja auch nur durchgearbeitet werden kann. Aber ein derartiges Werk soll ja „allen alles bieten“ (Comenius), ist auch wesentlich darauf berechnet, die Lehrer zunächst überhaupt mit der Volkswirtschaftslehre bekannt zu machen und — wenn möglich — zu befreunden. Wir geben ferner zu bedenken, daß die „Ergänzungen“ im wesentlichen als Versuch aufzufassen sind, dessen Kritik zu erweisen hat, was für die Volksschule brauchbar ist, was nicht.

Wir haben bei seiner Abfassung an die Volks- und Mittelschule gedacht. Dem Urteile des Lehrers muß überlassen bleiben, was für seine besonderen Verhältnisse paßt. Eine ungefähre Doppelteilung ergiebt sich allerdings, sobald man ackerbautreibende und gewerbliche Orte ins Auge faßt. Für beide Arten von Schulen sind geeignet: 1.—3. die religiösen Kapitel zur 1., zur 2. Tafel des Gesetzes, zum 1. Artikel (mit Ausnahme der Versicherungen), 4. die deutsche Reichs- und die preußische Staatsverfassung, für die Landschulen außerdem, 5. Zustand der Naturvölker, 6. Geschichte der Arbeit und Arbeitsteilung, 7. Luxus (5—7 mit Auswahl), 8. Grundrente, 9. Bedeutung der Verkehrsstraßen, 10. Kapital und Kapitalzins, 11. Geld (10 und 11 mit Auswahl). Die günstiger gestellte Volks- und Mittelschule wird entweder das ganze Gebiet durcharbeiten, kann aber auch weglassen: 1. Preis und seine Geschichte, 2. Kreditanstalten oder Banken. Wechsellehre schließen wir grundsätzlich aus. Auch in den einzelnen Kapiteln wird je nach den Schulverhältnissen vieles zu kürzen bzw. umzugestalten sein, letzteres besonders dann, wenn Aufsatz- und Diktatstoffe zu volkswirtschaftlichen Belehrungen verwandt werden. So können einzelne volkswirtschaftliche Erscheinungen mit Hilfe des Wörterbuches ungezwungen an die verschiedensten Lehrstoffe und Unterrichtszweige angeschlossen werden. Das Register umfaßt etwa 1600 Wörter. Es soll in erster Linie zum bequemen Nachschlagen volkswirtschaftlicher Begriffe dienen. Es haben aber auch biblische und geschichtliche Persönlichkeiten, die in den „Ergänzungen" auftreten, Aufnahme gefunden, um den biblischen und weltlichen Geschichtsunterricht mehr und mehr mit volkswirtschaftlichen Fragen durchsetzen zu können. Dasselbe gilt von geographischen und naturgeschichtlichen Objekten. Belehrungen über Bevölkerung ꝛc. wurden grundsätzlich ausgeschlossen.

b. Stoffverteilung für Fortbildungsschulen. Dieselbe hat sich danach zu richten, ob man vorzieht, die Volkswirtschaftslehre in der Fortbildungsschule an die üblichen Lehrfächer anzuschließen oder als selbständiges Lehrfach auftreten zu lassen. Wir ziehen letzteres in der Fortbildungsschule vor, haben sie dort stets systematisch behandelt, und zwar in dem Rahmen von Roschers Nationalökonomie, in etwa einem Jahre à wöchentlich mindestens eine Stunde. Auch hier wird sich eine Zweiteilung für ackerbautreibende und gewerbliche Verhältnisse

nötig machen. Nur in ersteren werden behandelt: 1. die ländlichen Versicherungen (Hagel-Versicherungen), Raiffeisensche Darlehenskassen; 2. die Grundrente (Begriff, verschiedene Höhe derselben bei Boden von gleicher und verschiedener Fruchtgattung, Einfluß des Kapitals auf die Grundrente, Geschichte derselben). In allen Fortbildungsschulen können ganz oder teilweise behandelt werden: I. Güterproduktion: 1. Zustand der Naturvölker = Urmensch, Fischer, Jäger, Nomade, Ackerbauer. 2. Geschichte der Arbeit und Arbeitsteilung = Verachtung der Arbeit bei Griechen und Römern, Sklaverei, der freie Arbeiter Israels, Arbeitslohn und Arbeitsteilung, Vor- und Nachteile derselben. 3. Arbeits- und Kapitalsvereinigungen = Wesen, Geschichte, Nutzen, Vorschußvereine, Genossenschaften, Verzehrvereine, Baugenossenschaften, Aktien- und Kommanditgesellschaften. II. Umlauf der Güter: 1. Preis = Markt, Gut, Handel, Tausch, Preisgesetze, Wettbewerb, Taxen, Preismaße, Preisgeschichte der Lebensbedürfnisse und edlen Metalle). 2. Geld = Naturalwirtschaft, Wesen, Arten, Geschichte des Geldes, Eigenschaften, Währung, Prägen. 3. Kredit = Wesen, Arten, Wirkungen, Mißbrauch, Aufgabe, Nutzen und Schaden des Papiergeldes. 4. Wechsellehre. Eine Belehrung darüber gehört unbedingt in die Fortbildungsschule. Der Stoff ist geboten in der ausgezeichnet redigierten „Fortbildungsschule" von O. Pache (Leipzig, bei Peters, vierteljährlich 1,20 Mk., in Nr. 1—3, Jahrgang 1887) (Geschichtliches, Allgemeines, Solawechsel, der gezogene oder trassierte Wechsel, Präsentation, Protest, Regreßnehmen, Domizil, Notadresse, falsche Wechsel, Keller-Wechsel, Wechselreiterei, Kurs, Wechselsteuer, deutsche Wechselordnung, Wechselprozeß). 5. Banken = Geschichtliches, Bankgeschäfte, Reichsbank. Anm.: Kap. 1 und 5 kann auch wegfallen. 6. Bedeutung der Verkehrsstraßen = Wasserstraßen, Eisenbahnen, Chausseeen, Landwege, Post und Telegraphie. III. Gütereinkommen: 1. Einkommen. 2. Kapital und Zins = Wesen, Entstehung, Bedeutung und Arten des Kapitals, Zins, Pacht- und Mietzins, Versicherungsgebühr, Geschichte des Zinsfußes, Zinsverbote und Zinstaxen. Anm.: Kap. 2 braucht nur teilweise behandelt zu werden. 3. Deutsche Reichs- und preußische Staatsverfassung. IV. Güterverbrauch: 1. Steuern = die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881, die Obrigkeit, das Königsrecht, Zweck der Steuern, Verteilungsgrundsätze, Arten, Freihandel und Schutzzoll, Zollverein, städtische Steuern. 2. Versicherungen = Mode, Ver-

schwendung, Geiz, Sparsamkeit, Lebensversicherung, Unfallversicherungs- und Krankenkassengesetz [später auch Alters- und Invalidenversorgungsgesetz], Feuer- und Transportversicherungen. 3. Luxus = Begriff, Luxus bei Einzelnen und bei ganzen Völkern, erlaubter und verwerflicher Luxus, Geschichte, Luxusverbote und Luxussteuern. Anhang: 1. Gesetzeskunde nach den Zehngeboten. 2. Die Feinde der sozialen Ordnung = muß in Orten mit starker Sozialdemokratie wegfallen.

7. **Gesetzeskunde.** Es sei uns noch kurz gestattet, Einiges über Gesetzeskunde hinzuzufügen. Wie wir sie uns in der Volksschule denken, ja wie wir sie praktisch betreiben, ergiebt sich aus Obigem. Sie bildet einen notwendigen Bestandteil der Volkswirtschaftslehre. Diese zerfällt in die Lehre von der Gesellschaft (Soziologie oder Volkswirtschaftslehre im engeren Sinne) und in die Lehre vom Staate oder Gesetzeskunde. Wir erwähnten schon, daß Wilmsen vor 50 Jahren in seinem „Brandenburgischen Kinderfreund" 16 Seiten für Gesetzeskunde bestimmte (vgl. S. 31). Unsere Lesebuchfabrikanten betonen nur die Litteratur, höchstens noch belletristische Artikel über die verschiedenen Disziplinen. Der Volkswirtschaftslehre hat in der Fortbildungsschule je nach der Zeit eine mehr oder minder vollständige Gesetzeskunde zu folgen. Mindestens müssen sie gleichzeitig betrieben werden. Sonst schwebt die Volkswirtschaftslehre in der Luft. Auch die Not zwingt uns zur Kenntnis der Gesetze; denn ein § lautet: „Unkenntnis der Gesetze schützt nicht vor Strafen". „In ihr wird auszugehen sein von der Familie, dem Grundstocke aller menschlichen Organisationen. Unter scharfer Hervorhebung des Grundsatzes, daß das Leben in der Gemeinschaft nur möglich ist, wenn ein jeglicher die Rechte des anderen ehrt, und daß das Ganze nur gedeihen kann, wenn jeder als dienendes Glied seine Aufgaben nach besten Kräften zu lösen sucht, werden die verschiedenen Arten der Organismen in ihrem Wesen und in ihren Lebensregungen geschildert, zunächst die Gemeinde." (O. Pache.) Man kann das auch in die Geographiestunde verlegen. Jedenfalls ist dieser Unterricht dann praktischer, wenn diese Art Heimatkunde getrieben wird, als wenn wir die Berge Kameruns oder die der Sandwichinseln aufzählen lassen. Hieran reihen sich Besprechungen über den Kreis (Kreistage, Landratsamt), Regierungsbezirk, Provinzialbehörden, Preußen (die

Thätigkeit der verschiedenen Ministerien), das Reich: Gesetzgebung, auswärtige Angelegenheiten, Heer, Marine, Reichszölle, Reichssteuern, Handel und Verkehr, Eisenbahnen, Post und Telegraphie, Justizwesen. Dabei sind selbstverständlich die örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen. „Als Ziel des Unterrichts gilt, in dem Schüler die Überzeugung zu erwecken, daß das Wohl des Staates und seiner Bewohner nur dann gefördert werden kann, wenn jeder von thätigem Gemeinsinne und dem Bestreben geleitet wird, ein guter Bürger des Staates zu sein." Diese goldenen Worte Paches (Schuldirektor in Lindenau bei Leipzig) unterschreiben wir voll und ganz. Pache hat auch selbst eine vorzügliche Gesetzeskunde geschrieben.

IV.

Litteratur.

Vorbemerkung: Aus den hier angegebenen und besprochenen Werken werden die geehrten Leser ersehen, daß es nicht so leicht ist, sich in die umfangreiche Litteratur dieser Disziplin einzuarbeiten, daß es auch nicht recht ist, irgendein Werk zu studieren und dann auf den Verfasser loszuschlagen oder ihn in den Himmel zu heben, wie es ihm oft genug nach der einen oder anderen Seite ergeht. Wer sich ein selbständiges Urteil bilden will, dem verhilft dazu nur ein längeres, mühsames Studium. Die meisten der nachbenannten Werke hat der Verfasser mit der Feder in der Hand durchgelesen und giebt sein Urteil kurz an.

A. Theoretische Erörterungen.

1. Verhandlungen des Berliner Realschulmännervereins am 23. Februar und 1. März 1882. Der Vortrag des Dr. Jannasch abgedruckt im Zentralorgan für die Interessen des Realschulwesens. Jahrgang 1882. Die Thesen auch in der „Pädagogischen Zeitung" 1887, Nr. 13.

2. Ölsner. Über den volkswirtschaftlichen Unterricht. Beilage zum Osterprogramm der Woehlerschule in Frankfurt a./M. 1885.

3. Verhandlungen der Deutschen Adelsgenossenschaft am 26. Februar 1887 (zu beziehen durch die Expedition des „Deuschen Adelsblattes").

4. Materialien zu einem Katechismus der Sozialreform von Rudolf v. Mosch. Inhalt: I. Die moderne Staatskunst und das Schulwesen. II. Praktisches Christentum. III. Der wissenschaftliche Kampf gegen den Materialismus und die Religionslosigkeit. IV. Soziales Königtum als moderne Gestalt der Landesväterlichkeit. V. Die Nationalitätsidee unter dem Gesichtspunkte des kulturellen Wetteifers. VI. Die Organe der Landesväterlichkeit. VII. Notwendigkeit und Möglichkeit der Sozialreform. VIII. Höheres Bildungswesen. IX. Einfluß von Philosophie und Kunst auf das praktische Leben. X. Volkswirtschaft und Schule. XI. Noblesse oblige! (Verlag des „Pionier". Berlin SW., Bernburgerstraße 13.)

Die volkswirtschaftlichen Aufsätze des „Deutschen Adelsblattes", welche in Nr. 4 gesammelt erscheinen, sind entschieden das Beste, welches es überhaupt über diese Frage giebt. Sie stehen nicht im Dienste irgend einer Partei, auch nicht der konservativen, wie leider vielfach und irrtümlicherweise vermutet wird.

5. Verhandlungen der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung am 23. und 24. Mai 1887 zu Coburg. (Der „Bildungsverein" 1887, Nr. 7 und 8 bringt gediegene Vorträge über Volkswirtschaft. Expedition: Berlin W., Steglitzerstr. 40. Preis der Nummer 0,40 Mk.)

6. Verhandlungen des liberalen Schulvereins für Rheinland und Westfalen am 23. Oktober 1887 zu Essen. Berichterstatter Dr. Natorp-Essen und Schuldirektor Pache-Lindenau. Sehr gute Aufsätze darüber bringt der „Bildungsverein" 1888, Nr. 1 u. 2.

7. Verhandlungen des allgemeinen Lehrervereins in Nassau am 23. August 1887 zu Ems (Vortrag von Wagner im „Allgem. Schulblatte" Nr. 29).

8. Verhandlung des allgemeinen sächsischen Lehrervereins am 27. September 1887 zu Freiberg (Vortrag von Pache in der „Sächs. Schulztg." 1888, Nr. 2 u. 3).

9. Verhandlung des brandenburgischen Provinziallehrervereins am 5. Oktober 1883 zu Eberswalde (Vortrag von Berndt).

10. Verhandlung des Lehrervereins der Provinz Sachsen am 7. Oktober zu Quedlinburg (Vortrag von Strewe).

11. „Der Pionier", Zeitschrift für volkswirtschaftlichen und sittlichen Fortschritt, Hygieine, Schulwesen und Medizinalreform. Monatlich 2 Nummern. Vierteljährlich 3 Mk. Expedition Berlin SW., Bernburgerstr.

(Vom „Pionier" gilt, was Verfasser über das „Deutsche Adelsblatt" sagte.)

12. Volkswirtschaftslehre und Ethik. Von Dr. Fr. Jodl, Professor an der Universität zu Prag. Heft 224 aus den „Deutschen Zeit- und Streitfragen" von Franz v. Holtzendorff. Hamburg, Verlag von J. F. Richter. 36 S., 8⁰. Preis 1 Mk. (Enthält eine Verurteilung der Manchestertheorie.)

13. Verschiedene Aufsätze in der „Fortbildungsschule". (Urteil s. S. 57.)

14. Die soziale Frage. (Leipzig, Roßberg. Preis 60 Pf.)

15. Bekämpfung der Sozialdemokratie. Von Patuschka. Preuß. Lehrerztg. 1887, Nr. 128—130.

16. Warum und in welchem Umfange treibe ich Volkswirtschaftslehre in der Fortbildungsschule? Für Berliner Fortbildungsschulen bearbeitet von Patuschka. Abgedruckt in Nr. 4 (Dezember 1887) von „Schule und Werkstatt". Redakteur Ernst Ewald in Berlin, Fehrbellinerstr. 21.

17. Volkswirtschaftliche Belehrungen in Volks- und Fortbildungsschulen. Ein Vortrag von Patuschka. (Bielefeld, bei Velhagen & Klasing.)

18. Volkswirtschaft und Schule. Von Patuschka. 74 S. 8⁰. (Gotha, Behrend; vorliegende Schrift.)

B. Anweisungen für den Unterricht.

a. In höheren Schulen.

1. Neurath, Elemente der Volkswirtschaftslehre. (Leipzig, Klinkhardt, 1887. Preis 2 Mk.) Neurath ist für den Lehrer, der sich mit der Volkswirtschaftlehre als Wissenschaft bekannt machen will, hervorragend brauchbar, für Volks- und Fortbildungsschulen nicht.

b. In Fortbildungsschulen.

1. Schnebeli, Verfassungskunde in elementarer Form. 2. Aufl. (Zürich, Orell, Füßli & Co. Preis 0,80 Mk.)

2. Mittenzwey, Gesetzeskunde. (Leipzig 1883, Preis 4 Mk.) Muß, nach den Proben in der Fortbildungsschule zu schließen, vorzüglich sein.

3. Pache, Gesetzeskunde. 2. Aufl. (Leipzig, Reinboth, 1887. Preis 1,50 Mk.) Urteil s. S. 59.

4. Fleischner, Pflichten und Rechte in der bürgerlichen Gesellschaft. (Wien, Graser, 1887. Preis 1,60 Mk.)

5. Rasche, Gesetzeskunde und Volkswirtschaftslehre für sächsische Fortbildungsschulen. (Leipzig, Peters. 32 S. 8⁰. Preis 20 Pf.) Rasche ist rein deduktiv gehalten und bedeutend gekürzt, bietet viel Stoff für wenig Geld.

6. Funk, Arbeiterkatechismus, die einfachsten Lehren der Volkswirtschaft. (Gießen, Emil Roth. 120 S. Kleinformat. Preis 80 Pf.) Funk ist nach ähnlichen Grundsätzen wie Rasche zusammengestellt.

7. Dr. Viktor Funk, Grundzüge der Wirtschaftslehre. 72 S. 8⁰. (Wolfenbüttel, bei Julius Zwißler. Preis 1 Mk.) Die Wirtschaftslehre ist sehr gut disponiert und ermöglicht darum ein leichtes Einarbeiten.

8. Bombe, Gesetzeskunde. (Berlin, Chun. 131 S. 8⁰. Preis geb. 1 Mk.)

9. Rebsamen (Seminardirektor), Leitfaden der Gesellschafts- und Verfassungskunde für schweizerische Fortbildungsschulen. (Frauenfeld. 4. Aufl. 203 S. Preis 1,60 Mk.)

10. Haushofer, Der kleine Staatsbürger. (Stuttgart, Julius Maier. Preis 60 Pf.)

11. Patuschka, Unterredungen aus der Volkswirtschaftslehre. (Schmölln, Bauer, 1882. 174 S. 8⁰. Preis geb. 1 Mk.)

c. In der Volksschule.

1. Dörpfeld, Repetitorium des naturkundlichen und humanistischen Realunterrichts. (Güterslohh, Bertelsmann, 1881. 152 S. 8⁰. Preis 90 Pf.) Bringt auf 16 Druckseiten eine Anzahl Fragen und Aufgaben (ohne Text), welche entschieden das Nachdenken anregen, aber ohne irgendein Lehrbuch in der Hand des Lehrers nicht recht gebraucht werden können.

2. Patuschka, Volkswirtschaftliche Ergänzungen zum Lehrstoffe der Volksschule. (Berlin, Dümmler. 248 S. 8⁰. Preis 2 Mk.)

C. Volkslesebücher.

1. Rapet-Mayer, Volkswirtschaft für jedermann. Nach dem populären Handbuche für Moral und Volkswirtschaft bearbeitet von Rapet. 6. Aufl. (Berlin, Simion, 1879. Preis 1,50 Mk.) Rapet ist auf Veranlassung der königl. württemb. Zentralstelle für Handel und Gewerbe von F. Mayer übersetzt worden. Rapet, Generalinspektor der französischen Elementarschulen, hat sich das Ziel gesteckt, die große, weltbewegende Frage zu beantworten: „Wie sind die mancherlei Streitpunkte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer friedlich zu lösen?" Mit anderen Worten: „Wie sind die berechtigten Forderungen der Sozialdemokratie zu erfüllen, die unberechtigten dadurch zurückzuweisen, daß die Leser von der Schädlich-, ja Unmöglichkeit ihrer Ausführungen überzeugt werden?" Diesen gewiß edlen Zweck hat sich der französische Staat 10000 Frank kosten lassen. „Rapet ist sehr breit und trocken in der Darstellung, vertritt den Standpunkt krassen Manchestertums, giebt eine weitschweifige Begründung der Freihandelslehre und ist als Volkslesebuch unbrauchbar." (?) (Dr. Fränkel.)

2. Kalle, Wirtschaftliche Lehren. 2. Aufl. (Berlin, Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, 1879. Preis 0,40 Mk.) Dr. Fränkel nennt es ein „sehr hübsches Buch, da Kalle mit größter Gewissenhaftigkeit vermeidet, was Parteisache ist". Da Verfassers „Ergänzungen" von verschiedenen Seiten als im Dienste einer Partei stehend hingestellt werden, will er seine Ansicht darüber hier kurz mitteilen. Der Kaiser selbst hebt in der Botschaft ausdrücklich hervor, daß alle Parteien (vgl. S. 18) an ihrer Verwirklichung arbeiten können. Dr. Wislicenus, Vorstandsmitglied des Vereins für Verbreitung von Volksbildung, erklärt, daß volkswirtschaftliche Belehrungen zu fußen haben auf dem kaiserlichen Erlaß (vgl. S. 11). Thut alles nichts. Herr Dr. Fränkel (auch ein Vorstandsmitglied des Vereins zur Verbreitung von Volksbildung, hält die „Ergänzungen" für parteiisch, denn „die kaiserliche Botschaft" gehört nicht in die Schule (vgl. „Werkstatt und Schule" 1888", Nr. 1). Was denn? Etwa Herrn Dr. Meyers Ansicht (s. S. 27), daß einer den andern frißt? **Volkswirtschaftliche Belehrungen** gehören überhaupt nur dann in die Schulen, wenn sie Ethisches darbieten. Herr Dr. Meyer wird im Sommerhalbjahre 1888 im Berliner Lehrerverein Vorträge halten über Volkswirtschaftslehre. Ob seine Zu-

hörer etwas Parteiloses hören werden, mag sich jeder Leser selbst sagen.

Die Sozialdemokratie wird nicht dadurch aus der Welt geschafft, daß man sie todschweigt, sondern dadurch, daß man ihre Ursachen zu ergründen sucht, und diese liegen teilweise in den herrschenden Grundsätzen des Manchestertums. Das hat mit irgendeinem Parteistandpunkte gar nichts zu thun. So kann ein Strengkonservativer in seiner Lebenspraxis ein Manchestermann sein, und der sehr links liberal stehende Flürscheim verurteilt das Manchestertum aufs schärfste. Wer ein Kaiserwort, ein Erbarmen der Armen und Elenden für Parteisache hält, der wird des Verfassers Grundsätze verwerfen, jeder andere nicht.

3. Katechismus der Volkswirtschaftslehre. (Prag, Deutscher Verein zur Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse, 1878. Preis 1,20 Mk.) Abstrakt gehalten.

4. Maurice Block, Kleines Handbuch der Nationalökonomie. Deutsch von A. v. Raven. 2. Aufl. (Aachen, Mayer, 1879. Preis 1 Mk.) Ist in Form leichter Gespräche gehalten und für Jugendbibliotheken wohlgeeignet).

5. Wyß, Elementarer Moralunterricht für Schulen und Familien. (Bern, Dalp, 1883. Preis 1 Mk.)

6. Manuel d'instruction civique par F. Maillard, instituteur aux écoles normales du canton de Vaud (Lausanne, H. Mignot, éditeur 7, Pré-du-Marché, 1880. Droits reservés.) Wird von Dr. Schmidt-Warneck in seiner „Volksseele" ausführlich besprochen.

D. Für die Hand des Lehrers.

1. Bluntschli. Deutsche Staatslehre für Gebildete. 2. Aufl. (Nördlingen, Beck, 1880. Preis 7 Mk.)

2. Jung, Patriotische Gewissensforschungen. (Berlin, Julius Bohne, 1880. 201 S. 8°. Preis 3 Mk.) Bietet viel Lesenswertes, ist aber teilweise veraltet.

3. Roscher, Die Grundlagen der Nationalökonomie. (Stuttgart, Cotta. 512 S. 8°. Preis ca. 7,50 Mk.)

4. Roscher, Nationaökonomik des Ackerbaues. (Stuttgart, Cotta. 538 S. Preis 6 Mk.)

Roscher ist historisch gruppiert und parteilos gehalten. Das schließt nicht aus, daß er der Sozialdemokratie zu Leibe geht.

In den „Ergänzungen" sind eine ganze Anzahl Dinge von Beurteilern als sachlich falsch angegriffen worden, die aus Roscher entlehnt waren. Die Herren bedenken nicht, daß ein Rezensent sich Blößen giebt, sobald er ohne die nötige Sachkenntnis urteilt. **Roschers Bücher sind Werke ersten Ranges und sollten in keiner Lehrerbibliothek fehlen.**

5. Riehl, Dr. E. J., Anfangsgründe der Volkswirtschaft. 3. Aufl. (Berlin, Puttkammer und Mühlbrecht. 8⁰. 135 S. Preis 2,40 Mk.)

6. Guttmann, Dr., Leitfaden der Nationalökonomie. (Berlin, Mecklenburg. 69 S. 8⁰. Preis 1 Mk.)

7. Stern, Grundriß für Vorlesungen aus der Nationalökonomie, für Handels-, Gewerbe- und höhere Töchterschulen. (Wien, Bloch. 202 S. Preis 2,50 Mk.)

8. Fawcett, M. G., Volkswirtschaftslehre für Anfänger. Nach der 6. Auflage des englischen Originals für Deutsche bearbeitet von F. K. Philippson. (Berlin 1888, Siegfried Cronbach. 256 S. 8⁰. Preis broch. 3 M.) (Das Buch enthält eine Verherrlichung der Praxis des Manchestertums und sucht alle die Sätze, welche Verfasser unter II zu widerlegen sich bemüht hat, zu beweisen. Die Sprache ist einfach und fließend. Selbstverständlich schweigt sich Fawcett darüber aus, wie den Armen und Bedrängten wirtschaftlich zu helfen ist. Kaiser Friedrich III. hat im April 1888 den Entwurf des Altersversorgungs- und Invalidengesetzes mit seiner Unterschrift versehen. Es ist damit erwiesen, daß die kaiserliche Regierung dauernd mit dem Manchestertum bricht. Verfasser erwähnt das Buch von Fawcett, um darzulegen, daß er sich gehütet hat, nur eine nationalökonomische Richtung zu studieren.)

9. Bloch, Dr. J. S., Der Arbeiterstand bei den Palästinensern, Griechen und Römern. (Wien, Löwy, Praterstraße 15.)

Blochs Broschüre verbreitet sich besonders über die Arbeiterverhältnisse des Altertums und bringt manches Neue aus Bibel und Talmud. Ps. 128 bezeichnet er — und das hat Verfasser von ihm entlehnt und ist ihm von einem Regierungsrate als Fehler in den „Ergänzungen" angerechnet worden — als „Evangelium der Arbeit". Das wird es wohl auch bleiben, selbstverständlich in Verbindung mit der „Gottesfurcht. Über die

Arbeiterfreundlichkeit des Neuen Testamentes schweigt sich Bloch — wohl ein Jude — aus.

10. Wirth, Moritz: Bismarck, Wagner und Rodbertus. (Leipzig, Oswald Mutze. 396 S. 8°. Preis 4 Mk.) Mit einem Beitrage von Max Schippel: „Das moderne Elend und die moderne Übervölkerung".

Wirth, ein Sozialreformer von ungewöhnlicher Verstandesschärfe, der aber teilweise von der konservativen „Leipziger Zeitung" abfällig beurteilt wird, hebt besonders bei Rodbertus die berechtigten Forderungen der Sozialdemokratie und das Elend der englischen Arbeiterverhältnisse hervor. Wirths Buch ist gleich lesenswert für leidenschaftliche Konservative und Liberale. Er zeigt, daß sie alle gesündigt haben.

11. Schmidt-Warneck, Dr. F., Die Notwendigkeit einer sozialpolitischen Propädeutik. 2. Aufl. (Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht, 1885. 226 S. 8°. Preis 6 Mk.)

12. Schmidt-Warneck, Dr. F., Die Volksseele und die politische Erziehung der Nation. (Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. 472 S. 8°. Preis 8 Mk.)

13. Schmidt-Warneck, Dr. F., Die Soziologie Fichtes. (Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht, 1884. 216 S. 8°. Preis 3 Mk.)

In der sozialpolitischen Propädeutik bietet Schmidt-Warneck ausgezeichnete theoretische Gedanken, die Verfasser mehrfach im ethisch-politischen und methodischen Teile herangezogen hat, aber wenig praktische Vorschläge. Die „Propädeutik" muß von jedem gelesen werden, der über Volkswirtschaft und Schule nicht urteilslos bleiben will. Dasselbe gilt von der „Volksseele". Sie enthält auch zahlreiche, praktische Winke. In Fichtes Soziologie zeigt Schmidt-Warneck den großen Philosophen auf dem Gebiete der Gesellschaftswissenschaft als einen warmherzigen Mann. Eine Bemerkung kann Verfasser **leider** bei den sonst vorzüglichen Schmidt-Warneckschen Werken nicht unterdrücken. Der Herr Doktor spricht bei verschiedenen Gelegenheiten mit geringer Achtung vom Lehrerstande. Haben wir wirklich so wenig gelernt, wie der Herr Professor Pfarrer Dr. Schmidt-Warneck, noch dazu öfters bei ganz unpassender Gelegenheit, behauptet, wie kann er dann eine wirtschaftliche und politische Erneuerung des deutschen Volkes, der er in ausgezeichneter Weise das Wort redet, zu einem guten Teile von der Volksschule und ihren Lehrern erwarten? Es giebt, das

läßt sich nicht leugnen, miserable Standesgenossen; aber deren finden sich leider Gottes überall, auch bei denen des Herrn Dr. Schmidt-Warneck. Schmidt-Warnecks Werke sind es wert, von jedem denkenden Lehrer gelesen zu werden. Mit um so größerer Liebe werden wir ihn lesen, wenn er lehrerfreundlicher wird.

14. Todt, Rudolf, Der radikale deutsche Sozialismus und die christliche Gesellschaft. 2. Aufl. (Wittenberg, Herrosé. 514 S. 8⁰. Preis 6 Mk.)

Superintendent Todt — Verfasser zog ihn mehrfach heran — führt sehr gründlich in die Bestrebungen der Sozialdemokratie ein, zeigt an der Hand des Neuen Testamentes, daß mindestens die Hälfte der sozialdemokratischen Forderungen berechtigt ist. Er hält den besitzenden Ständen, liberalen wie konservativen, sehr eindringlich und überzeugend ihre wirtschaftlichen Unterlassungssünden vor. Verfasser hat das Buch mit besonderem Interesse gelesen, weil Todt — nun verstorben in Brandenburg — sich bemüht, wirtschaftliche Fragen biblisch zu beleuchten. Da sind wir Lehrer ja gewöhnlich besser zuhause als in verschiedenen anderen Fächern. Todt war Mitbegründer des Zentralvereins für Sozialreform und des „Staatssozialist" (1878—1883).

15. Engländer, Sigmund, Geschichte der französischen Arbeiterassociationen. (Hamburg, Hofmann & Campe. 3 Bände à 300 bis 350 S.) Engländers Werk hat nur geschichtliches Interesse.

16. Ziller, Allgemeine philosophische Ethik. (Langensalza, Beyer & Söhne. 508 S. Preis 12 Mk.)

Ziller, dessen kulturhistorische Stufen und andere pädagogische Gedanken jeden denkenden Lehrer beschäftigen, bringt in seinen gesellschaftlichen Ideeen, die Verfasser in diesem Werke auch in etwas verwertet hat, vielfach beherzigenswerte Gesichtspunkte.

17. Kritik der „Quintessenz des Sozialismus" von Schäffle. Von einem praktischen Staatsmanne. (Bielefeld und Leipzig, Velhagen & Klasing, 1878. 44 S. 8⁰. Preis 80 Pf.)

18. Die Lösung der sozialen Frage. Von einem praktischen Staatsmanne. (Bielefeld und Leipzig, Velhagen & Klasing, 1878. 156 S. 8⁰. Preis 1 Mk.)

Der praktische Staatsmann, den Verfasser S. 13 zu Worte kommen ließ, polemisiert gegen Schäffles „Quintessenz des Sozialismus". Wichtig ist der versuchte Nachweis, daß **alle** Parteien

an dem Wachstume der Sozialdemokratie schuld sein sollen. In Nr. 17 tritt der praktische Staatsmann für den Staatssozialismus ein, bekämpft energisch die christlich-sozialen Bestrebungen und das Manchestertum. Wie er im Anschlusse an Lange über Schule und Volkswirtschaft denkt, hat Verfasser unter I, 2 kurz angegeben. Teilweise vertritt der „praktische Staatsmann" den Standpunkt des beschränkten Unterthanenverstandes.

19. George, Henry, Fortschritt und Armut. (Preis 5 Mk.)

20. George, Henry, Soziale Probleme, deutsch von F. Stöpel. (Berlin, Elwin Staude, 1885. 236 S. 8⁰. Preis 3 Mk.)

In Henry Georges, des berühmtesten nordamerikanischen Nationalökonomen, Werken steckt ein gut Teil wirtschaftlicher Grundsätze Kaiser Wilhelms, wenn ein Republikaner überhaupt von einem Monarchen etwas könnte wissen wollen; aber in der Sache meint er dasselbe. Er ist — in vieler Beziehung — ein Sozialdemokrat von christlicher Grundlage, bekämpft aufs glühendste das selbstsüchtige Manchestertum und ist dabei ein eifriger Bekämpfer der amerikanischen Schutzzölle, also nach bei uns landläufiger Anschauung ein Freihandelstheoretiker. Ist er nicht ein unverdächtiger Zeuge für die wirtschaftlichen Regierungsgrundsätze Kaiser Wilhelms und auch Friedrichs III.? Dabei finden wir in seinem epochemachenden Werke: „Fortschritt und Armut", daß er die Interessen der Schule energisch zu wahren sucht. Ein gut Teil seiner scharfen Kritik trifft auch unsere Schulverhältnisse. George ist — Schlußurteil — stark nach der negativen und schwach nach der positiven Seite hin.

21. Witte, Professor Emil, Unser Geldwesen, seine Schäden und seine Verbesserung. (Berlin, George & Fiedler, 1886. 52 S. 8⁰. Preis 1 Mk.)

Er polemisiert gegen die Goldwährung. Die „Sozialen Zeitfragen" von Ernst Henriet Lehnsmann, von denen Wittes Studie das 3. Heft bildet, bieten jedermann Gelegenheit, sich in bequemer und wohlfeiler Weise über die Reformfragen der Gegenwart zu unterrichten. Durch Zeitungsartikel ist dieses in dem Maße nicht möglich. Die Abhandlungen stehen auf keinem Parteistandpunkte. Wer selber einen Parteistandpunkt einnimmt, giebt das freilich nicht zu. Auch Witte, dessen Ansicht über die Verwerfung der Goldwährung Verfasser nicht teilt, widerlegt die

mißmutige Annahme so manches Gebildeten, als seien zur Beseitigung des sozialen Elends und zur friedlichen Überwindung der Sozialdemokratie praktisch ausführbare Vorschläge noch gar nicht gemacht worden.

22. Ahrendt, Dr. Otto, Erhöhung der Getreidezölle. (Berlin, Walther & Apolant, 1888.)

Ahrendt ist einer der rührigsten Vorkämpfer des Bimetallismus. Er kommt zu dem eigentümlichen Ergebnisse: „Nur die Doppelwährung kann uns helfen“. Bei ihrer Einführung könnten die Getreidezölle wieder aufgehoben werden (?). Da der Bundesrat Anfang 1888 die Prägung von 20 000 000 Mk. in Zehnmarkstücken angeordnet hat, sind die Bestrebungen der Bimetallisten auf längere Zeit ohne jede Aussicht.

23. Riehl, H. W., Die deutsche Arbeit. 2. Abdruck. (Stuttgart, Cotta. 330 S. Preis 6 Mk.)

Riehl zeigt auch hier den feingeistigen scharfen Beobachter, der immer aufs neue seinem Thema überraschende Beziehungen abzugewinnen versteht aus Geschichte, Bibel, Lied, Spruch, Poesie. Unter anderem zeigt er — gleich Roscher — wie die Bibel in den Dienst volkswirtschaftlicher Belehrungen zu stellen ist. Riehl gehört in jede Lehrerbibliothek.

24. Hertzka, Theodor, Die Gesetze der sozialen Entwickelung. (Leipzig, Duncker & Humblot, 1888. 300 S. 8°. Preis 3 Mk.)

Von Hertzkas kühnen Vorschlägen und überraschenden Schlüssen hat Verfasser unter II, 5 eine Probe gegeben. Hertzka ist liberal, will aber von dem herrschenden Gesetze der Selbstsucht nichts wissen. Hertzka tritt sehr warm dafür ein, daß dem Arbeiter der volle Arbeitsertrag zukomme. Er verwirft den Schutzzoll und zeigt dadurch, daß Bekämpfung des Manchestertums und Schutzzöllner nicht gleichwertige Begriffe sind. Hertzka weilt gegenwärtig in Berlin und beabsichtigt, in nächster Zeit ein größeres wissenschaftliches Werk zu veröffentlichen, welches die „Gesetze der sozialen Entwickelung“ tiefer begründen soll.

25. Flürscheim, Auf friedlichem Wege. Vorschlag zur Lösung der sozialen Frage. (Baden, Sommermayer. 394 S. 8°. Preis 2 Mk.)

Flürscheim verlangt Verstaatlichung von Grund und Boden, auch des Hypothekenwesens, ähnelt überhaupt in seinen Ergebnissen

und Forderungen dem Henry George. Er meint, seine Vorschläge seien so wenig radikal, daß ihn die kaiserliche Regierung in ihr staatssozialistisches Programm aufnehmen könnte. Seine Ausführungen über Adel, Militär und Geistlichkeit unterschreibt Verfasser nicht, wohl aber die Darlegung der Mängel unseres höheren Schulwesens. Flürscheim lebt der frohen Zuversicht, daß bei Erfüllung seiner Vorschläge die Sozialdemokratie verschwinden und ein goldenes Zeitalter im wirtschaftlichen Sinne beginnen werde. Beachtenswert ist Flürscheims, eines Großfabrikanten, Werk, das uns stark idealer Natur zu sein scheint, auf alle Fälle, besonders auch das Schlußkapitel: „Die Zukunft des Kleingewerbes und Handwerkes“.

26. Huber, Johannes, Der Proletarier. (München, Lentner. 160 S. 8⁰. Preis?)

Hubers Proletarier ist der Hauptsache nach ein geschichtlicher Überblick über die soziale Frage, deren Lösung er nur durch **Staatshilfe** erwartet. Das Manchestertum verwirft er.

27. Laveleye, Die neuen Ziele der Nationalökonomie und des Sozialismus. (Leipzig, Quandt & Händel. 36 S. Preis 1 Mk.)

Emile de Laveleye, Mitglied der belgischen Akademie der Wissenschaften, bietet hier eine Skizze des Manchestertums, geschöpft aus den Hauptschriften seiner hervorragendsten Vertreter, vorzüglich auch Bastiats „Harmonieen“, und beleuchtet die Unhaltbarkeit dieser Grundsätze. Das geschieht in Belgien, einem durch und durch manchesterlich regierten Lande, das nach manchesterlicher Theorie von politischer und wirtschaftlicher Glückseligkeit überfließen, auch die besten Schulen der Welt haben müßte. Aber — es ist anders. Gerade letzterer Umstand, die traurigen Volksschul- und die noch traurigeren Arbeiterverhältnisse, sowie die vollständige Unthätigkeit der herrschenden Klassen sollte doch endlich auch dem Lehrer die Augen öffnen, der vom Manchestertum Besserung der Schul- und Lehrerverhältnisse erwartet. Unter II, 4 haben wir Laveleye sprechen lassen.

28. Reuleaux, Die Maschine in der Arbeiterfrage. (Minden, Bruns, 1885. 24 S. 8⁰. Preis 60 Pf.)

Ein umfassendes Urteil läßt sich nicht in wenig Worte über diese geistvolle Schrift fassen. Reuleaux ist ein Gegner des Manchestertums und erwartet viel von den Maschinen für den Kleinbetrieb, die sich ja auch anfangen, einzubürgern. Den Amtsge-

nossen, welche Vorträge in Gewerbe- und ähnlichen Vereinen zu halten haben, empfehlen wir diese Schrift besonders.

29. Schippel, Max, Staatliche Lohnregulierung und die sozialreformatorischen Bestrebungen der Gegenwart. (Minden, Bruns. 70 S. 8°. Preis 1 Mk.)

Schippel tritt für staatliche Lohnregulierung ein, verwirft Verstaatlichung des Grundeigentums, wendet sich also gegen Henry George und Flürscheim, verlangt Organisation der Arbeit und für den Arbeiter den vollen Arbeitsertrag. Wir leiden nicht an Übervölkerung, sondern an mangelnder Kaufkraft. Besonderes Schulgeld ist überall aufzuheben. Die sogenannten „Schulkrankheiten" sind gewöhnlich auf traurige Ernährungsverhältnisse des Hauses zurückzuführen. Der Fabrikant leidet bei der gegenwärtigen Erzeugung auch oft und schwer. Von Schutzzoll, Kolonialpolitik und der sozialen Gesetzgebung der Gegenwart erwartet Schippel nicht allzu viel. Das Kleinhandwerk geht seinem Untergange entgegen. Reuleaux ist entgegengesetzter Ansicht.

30. Stamm, Theodor, Die sozialpolitische Bodenreform. (Minden, Bruns, 1885. 32 S. 8°. Preis 70 Pf.)

Er legt die Mängel des Manchestertums rücksichtslos dar (vgl. II, 3), betont ferner, wie durch Besserung der Bodenverhältnisse auch die Volksgesundheit zunehmen würde, vor allem aber notwendig sei, daß eine Grundkredit- und Grundzins-Verstaatlichung eingeführt werde. Er bringt also ähnliche Gedanken wie Henry George in „Fortschritt und Armut" oder in seinen „Sozialen Problemen". Stamm ist, entgegengesetzt dem Max Schippel, ein begeisterter Anhänger deutscher Kolonisation, besonders in gemäßigten Strichen Südamerikas.

31. Stöpel, Franz, Die freie Gesellschaft. Versuch einer Schlichtung des Streites zwischen Individualismus und Sozialismus. (Chemnitz, Ernst Schmeitzner, 1881. 336 S. 8°. Preis?)

Stöpel zeigt sich als ein wirklich Liberaler, der von verschiedenen Auswüchsen des Manchestertums nichts wissen will. Es ist unmöglich, den Inhalt eines so geistvollen Buches in wenigen Sätzen wiederzugeben; deshalb kann es hier nur andeutungsweise geschehen. Stöpel verlangt Abschaffung eines gesetzlichen Schutzes der Hypotheken und des Wechsels, Einführung der Doppelwährung, Vermehrung des Papiergeldes, eingehendere Fabrik-Gesetzgebung, betont das Recht auf Arbeit, sowie Organisation derselben

vermittelst Einrichtung von Gemeinde-Arbeitsämtern, Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, die soziale Gesetzgebung des Kaisers, die segensreiche Thätigkeit der Raiffeisenschen Darlehnskassen, Beschränkung des höheren Schulwesens und größere Pflege der Fachschulen. Wer von den Lesern — Verfasser hebt das aufs neue hervor — Liberalismus und Manchestertum für gleichbedeutende Begriffe hält, dem mögen einige Sätze Stöpels, S. 324f., zur Belehrung dienen: „Was kümmert die Geldinteressen die Parteistellung der verschiedenen Zeitungen? Mögen dieselben konservativ, liberal, demokratisch oder republikanisch sein — die Geldinteressen haben in allen ihr Spiel und machen nur die eine ausdrückliche oder stillschweigende Bedingung, daß sie die Interessen des Geldbesitzes verfechten, für die moderne Zinswirtschaft und für ehrliches Geld schwärmen und so der ekeln Plutokratie in die Hände arbeiten, welcher alle modernen Staaten immer tiefer zu verfallen scheinen, und die zugleich mit einer bescheidenen Unabhängigkeit der Massen alle Hoffnungen auf eine dereinstige politische und gesellschaftliche Freiheit zu erschüttern droht."

32. Stöpel, Franz, Soziale Reform. Beiträge zur friedlichen Umgestaltung der Gesellschaft. (Leipzig, O. Wiegand. 470 S. 8⁰. Preis?)

Das ist das epochemachendste von allen hier besprochenen Werken: Es ist in vieler Hinsicht eine weitere Ausführung der „freien Gesellschaft" und zeigt folgende Gliederung: Beiträge zur friedlichen Umgestaltung der Gesellschaft: 1. Kapital. Enthüllung der Mittel zur Beseitigung der Geldherrschaft und Befreiung der Arbeit. 2. Die Bevölkerungsfrage. (Gedanken daraus wurden vom Verfasser mehrfach entlehnt.) 3. Das Recht auf Arbeit. In seiner Gerechtigkeit und Heilsamkeit für die Gesellschaft sowie als Vorbedingung für jede vernünftige Reform der Armenpflege. 4. Der Grundbesitz mit besonderer Beziehung auf dessen Lage in Deutschland. Grundzüge einer vernünftigen Agrarpolitik. 5. Die Genossenschaften der Arbeiter und Handwerker in Gegenwart und Zukunft. 6. Die sozialen Aufgaben des Staates und der Gemeinden. 7. Theorie und Praxis der Besteuerung mit besonderer Berücksichtigung auf Preußen und Deutschland. 8. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Fürsten Bismarck.

Stöpel ist ungemein reich an positiven Vorschlägen. Verfasser

hebt hier zunächst das heraus, was Stöpel gegen die Konservativen sagt. Er verlangt kleinbürgerlichen Grundbesitz, ist gegen Ehebeschränkung, spricht energisch gegen die Agrarpolitik der Gegenwart, ist gegen Getreidezölle, verlangt eine Besteuerung der Grundrente, gleiches Erbrecht, ist für die weitgehendste Arbeiterkoalition, also für sehr bedeutende Milderung des Sozialistengesetzes, ist gegen die indirekten Steuern, für hohe direkte Steuern (scharfe Deklarationspflicht, Rentensteuer bis 5% und hohe Erbschaftssteuer), ist gegen die Schutzzölle. — Dem Manchestertum, das er — und Verfasser auch — in allen Parteien sucht, hält der liberale Stöpel Folgendes vor: Er verwirft das Hypotheken-, Kredit- und Wechselrecht (die staatliche Garantie der Schuld soll fallen), verlangt reichliche Ausgabe unverzinslichen Papiergeldes, betont energisch das Recht auf Arbeit, einen altliberalen Gedanken von 1848 her, verurteilt die zu weit gehende staatliche Unterstützung der höheren Schulen, weist vielfache Arbeitsgelegenheit nach, hat keine hohe Meinung von den Arbeiterkolonieen, wünscht bedeutende Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, Hebung der Landschulen, beansprucht (wie bei 29) für den Arbeiter den vollen Arbeitsertrag, erwartet wenig von den Innungen, spricht sehr warm über die Bestrebungen des Schultze-Delitzsch, verwirft einen großen Teil der unpraktischen Vorschläge der Sozialdemokratie, legt die Mängel der Aktiengesetzgebung dar, ist gegen Henry Georges und Flürscheims Enteignung des Grundeigentums. Die Börsenherrschaft ist zu brechen, die Anwendung des Darwinismus auf wirtschaftliche Verhältnisse, wohl die unbarmherzigste Seite des Manchestertums, wird verworfen. Wir haben keine Übervölkerung, es fehlt uns vielmehr an Kaufkraft. Positives: Fritz Oberlins Thätigkeit, Raiffeisensche Darlehnskassen, Kanalbauten (Recht auf Arbeit), Moorkulturen, Ausgabe unverzinslicher Darlehnsscheine, Organisation der Arbeit, Molkereigenossenschaften, Flachskulturen, Segen der Rohstoff- und Konsumvereine, Einigungskammern, Kürzung der Arbeitszeit, Produktivgenossenschaften, Kolonialpolitik, Staatseisenbahnen, überhaupt staatliche Verkehrsstraßen. Ferner verlangt Stöpel Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter, Unfall- und Krankenkassenversicherungen, lobt die soziale Thätigkeit Bismarcks in gewissem Umfange.

Die Lektüre dieses vorzüglichen Buches hat dem Verfasser aufs

neue gezeigt, **daß ein wahrhaft liberaler Mann sehr wohl ein warmer Anhänger der staatlichen Hilfe für die wirtschaftlich Schwachen und Bedrängten und ein eifriger Bekämpfer des Manchestertums sein kann.**

33. Für Fürst Bismarck und seine Wirtschaftspolitik. (Berlin W., Wichmannstr. 1. Im Buchhandel vergriffen.) Von hervorragender Bedeutung sind die Kapitel über die Handwerkerfrage und die Bank- und Geldfrage.

34. Zum wissenschaftlich-praktischen Studium gehört das regelmäßige Lesen des volkswirtschaftlichen Teiles irgendeiner größeren Zeitung, auch einer sozialdemokratischen Zeitung, z. B. „Berliner Volkstribüne" (Wochenblatt von Schippel), sowie „Berliner Volksblatt" (Tageszeitung). Beide sind — wohl wegen des Sozialistengesetzes — gemäßigt. Wir bitten, über den letzten Vorschlag nicht erschrecken zu wollen. Wer den Gegner richtig beurteilen will, muß ihn vor allen Dingen kennen. — Verfasser sammelt auf diese Weise zum Teil die Beispiele für seine Arbeiten.

....

Indem wir hiermit die Besprechungen schließen, wird noch hervorgehoben, daß die angegebene Litteratur alle volkswirtschaftlichen Standpunkte umfaßt, von der radikalen Sozialdemokratie (Todt, der selbstverständlich die Sozialdemokratie verurteilt; Max Schippel), dem durch und durch manchesterlichen Fawcett, dem weit links liberal stehenden Flürscheim und Henry George bis zum praktischen Staatsmanne, der ziemlich deutlich die Ansicht vom beschränkten Unterthanenverstande vertritt. **Alle staatserhaltenden Bürger aber, und hier zunächst Deutschlands Lehrer, mögen sich in dichten Scharen sammeln um die parteilose, gesetzliche Staatshilfe für die Armen und Bedrängten.** Dann ist der Zweck dieser Schrift erreicht.

Einige Urteile

über die

Hefte des ersten Bandes

der

Pädagogischen Zeit- und Streitfragen.

Über Heft 1.

W. Bartholomäus, Rektor in Hamm i. W., **Die Mittelschule in ihrem Verhältnis zur Volksschule und zu den höheren Lehranstalten.**

Lehrerzeitung für Westfalen und Rheinprovinz 1887, Nr. 13:

Die zeitgemäße Schrift eröffnet eine neue von Joh. Meyer herausgegebene Sammlung von „Pädagogischen Zeit- und Streitfragen", und es wird für das ganze Unternehmen als eine gute Vorbedeutung angesehen werden, daß der Herausgeber mit einer so wertvollen Arbeit beginnen konnte. Der durch seine Thätigkeit im Provinziallehrerverein in der westfälischen Lehrerschaft und darüber hinaus wohlbekannte Verfasser hatte bereits 1885 auf der Generalversammlung des liberalen Schulvereins in Krefeld über dasselbe Thema einen Vortrag gehalten; nach mannigfacher Erweiterung veröffentlicht er jetzt seine von großem Fleiße und großer Belesenheit zeugende Arbeit als erstes Bändchen genannter „Zeit- und Streitfragen". . . . . Die Schrift zeichnet sich durch Gediegenheit und Gründlichkeit aus und ist allen denjenigen zu empfehlen, welche sich mit der Organisation des gesamten Schulwesens, des höheren sowohl wie des niederen, eingehend bekannt machen wollen.

Kritischer Jahresbericht zum Christlichen Bücherschatz. II. Jahrgang, 2. Heft:

Es ist ein neues Unternehmen, betitelt „Pädagogische Zeit- und Streitfragen", welches mit vorliegendem Heft seinen Anfang nimmt. Trotz der Überflutung des Büchermarktes mit pädagogischen Schriften und Schriftchen wird der Fachmann dieses neue Unternehmen mit Freuden begrüßen, einmal weil die Namen der Mitarbeiter die Trefflichkeit des Ganzen zur Genüge verbürgen, dann weil „die einschlägigen Fragen und Gebiete bei einer den Tag überdauernden Form in durchaus erschöpfender und wissenschaftlicher, aber dabei doch allgemein verständlicher Weise behandelt werden" sollen. Was der Prospekt verspricht, ist in dem ersten Hefte durchaus verwirklicht. . . . . Dem Unternehmen aber wünschen wir freundliche Aufnahme und die verdiente Berücksichtigung seitens der Lehrerwelt.

Preußische Schulzeitung 1887, Nr. 43:

Dieses erste Heft des ersten Bandes der „Pädagogischen Zeit- und Streitfragen", herausgegeben von Joh. Meyer, die als Flugschriften erscheinen sollen zur Kenntnis der pädagogischen Bestrebungen der Gegenwart und die in zwanglosen Heften (jährlich 4—6) in Gotha bei E. Behrend (à 75 Pf. im Abonnement, 1 Mk. im einzelnen) erscheinen, liefert einen Beitrag zur Schulorganisationsfrage. . . . Wenn wir auch nicht in allen Punkten, so

z. B. inbezug auf die höhere Bürgerschule, die wir neben der Mittelschule für überflüssig halten, übereinstimmen, so stimmen wir doch der Grundtendenz zu und empfehlen die lobenswerte Schrift aufs angelegentlichste.

Haus und Schule 1887, Nr. 19:

Das erste Heft, welches bis jetzt erschienen ist, enthält eine gründliche Arbeit von dem Rektor Bartholomäus in Hamm unter dem Titel: „Die Mittelschule in ihrem Verhältnis zur Volksschule und zu den höheren Lehranstalten", in welcher der Verfasser eine lebhafte Verteidigung und Förderung der Mittelschule unternimmt und nachweist, wie durch dieselbe sowohl der Volksschule, wie auch den höheren Unterrichtsanstalten mancherlei Nutzen erschlossen wird.

Über Heft 2.

Albert Richter, Schuldirektor in Leipzig, **Die Kulturgeschichte in der Volksschule.**

Neue Pädagogische Zeitung 1887, Nr. 20:

Heft 2 von Band I der „Pädagogischen Zeit- und Streitfragen" (Joh. Meyer) liegt vor und reiht sich dem ersten Heft würdig an die Seite. Herr Schuldirektor Albert Richter, durch seine Schriften über Gang und Methode des Geschichtsunterrichtes schon hinlänglich bekannt, bringt eine Abhandlung über die Kulturgeschichte in der Volksschule. . . . . Alles in allem ist auch dieses zweite Heft reich an anregenden und fruchtbaren Gedanken, und die Leser sind dem Verfasser gewiß dankbar, daß er eine brennende Tagesfrage ein gutes Stück ihrer Lösung näher gebracht hat.

Schweizerische Lehrerzeitung 1888, Nr. 8:

Nicht im trockenen Gerippe eines Leitfadens, sondern im lebensvollen Bilde soll der geschichtliche Stoff dem Kinde geboten werden; der Geschichtsunterricht hat sich nicht auf die politischen Ereignisse zu beschränken, sondern auch das Volks- und Kulturleben zur Anschauung zu bringen. Das ist der Grundgedanke der vorliegenden Erörterungen über die Behandlung der Kulturgeschichte in der Volksschule. Der Verfasser zeigt eine große Belesenheit in der geschichtsmethodischen Litteratur. An Hand eines reichen Materials schildert er die Stellung, welche die Kulturgeschichte seit Schlözer in dem Geschichtsunterrichte eingenommen hat. Eine fruchtbare Belebung des Geschichtsunterrichtes erblickt er in der Verwertung von „Quellenstücken" nach Art seines „Quellenbuch für den Unterricht in der deutschen Geschichte". Jeder Lehrer, der sich mit diesem Unterrichtsfache zu beschäftigen hat, findet in dieser Studie eine Fülle von Anregungen und Gesichtspunkten, die er vorteilhaft verwerten kann; keiner wird dieses Heft aus der Hand legen, ohne Belehrung daraus geschöpft zu haben. Der Grundanschauung aber, die darin zum Ausdruck kommt, ist allgemeine Verbreitung zu wünschen. — Die „Pädagogischen Zeit- und Streitfragen" verdienen die volle Beachtung der Lehrerwelt.

Theologischer Litteraturbericht:

In dieser Sammlung wollen berufene Pädagogen ohne Unterschied der verschiedenen Richtungen in der Pädagogik und der verschiedenen Arten von Schulen über die brennendsten Fragen der Schule und des Unterrichtswesens orientieren. Bei einer den Tag überdauernden Form sollen die einschlagenden Fragen erschöpfend und allgemein verständlich behandelt werden. — Das vorliegende Heft vertritt die organische Verbindung des politischen und kulturgeschichtlichen Unterrichtsstoffes, warnt jedoch vor dem Zuviel; giebt maßvolle Andeutungen für die Darbietung des Stoffes auf den verschiedenen Stufen und Hinweise auf des Verfassers treffliches Quellenbuch für den Unterricht in der deutschen Geschichte. — Wenn die folgenden Hefte dem vorliegenden

gleichen, so werden sie ihren verdienten Platz in Lehrerbibliotheken und Lesezirkeln finden.

Freie deutsche Schulzeitung 1887, Nr. 34:

Das Heft sei allen Lehrern zur Beachtung ganz besonders empfohlen; für den Geschichtslehrer ist sein Besitz eine Notwendigkeit.

Schlesische Schulzeitung 1887, Nr. 6:

Diese von tüchtiger Belesenheit zeugende, mit großer Wärme, ja Begeisterung geschriebene Broschüre kennzeichnet genau den Standpunkt, welchen die Kulturgeschichte im Geschichtsunterrichte der Volksschule einzunehmen hat. Referent hat mit lebhaftem Interesse das Werkchen gelesen und ist überzeugt, daß ein derartig vorgezeichneter Weg von großem Segen sein würde.

Über Heft 3 und 4.

Wilhelm Meyer-Markau, Fremdwort und Schule.

Se. Excellenz der Herr Staatssekretär Dr. v. Stephan, dem der Verfasser das Buch übersandt hatte, äußerte sich über dasselbe:

„Es ist darin eine Fülle gehaltvollsten Stoffes zusammengetragen und mit viel Geist verarbeitet. Die frische Sprache klingt wie Trommelschlag zum Vorrücken. Mit Freuden sehe ich diese Bewegung auf der ganzen Linie."

Professor Dr. Dunger schreibt:

„Ich habe mich von Herzen gefreut über Ihre markige, eindringliche Sprache, die, aus warmen Gefühlen hervorgehend, hoffentlich bei recht vielen dasselbe Gefühl für die Ehre unserer Muttersprache wecken und anregen wird. Die Schrift kann sehr viel Gutes wirken gerade vermöge ihrer volkstümlichen, kernigen Ausdrucksweise."

Schulinspektor Polack (Verfasser der „Brosamen") äußert sich:

„Ihre Schrift ist vorzüglich und wahrhaft zeitgemäß . . . ., sie ist eine wackere That."

Allgemeine deutsche Lehrerzeitung:

Nachdem in einem ersten kürzeren Teile das Fremdwörterunwesen in der deutschen Sprache die verdiente Verurteilung erhalten hat, wendet sich der Verfasser im zweiten längeren Teile zu der Frage, wie die Schule sich zur Bekämpfung jenes Übels stellen soll. Nach einer Zusammenstellung aller der Fremdwörter, die in der Volksschule vorkommen oder doch vorkommen können, wird die Behauptung ausgeführt, daß die Volksschule der Ort ist, an dem die Sprachreinigung beginnen muß, und daß besonders der deutsche und der Geschichtsunterricht dazu benutzt werden müssen, wobei uns freilich die Regelbücher für die Rechtschreibung und auch die deutschen Lesebücher (Verfasser stellt in einem Anhange die Fremdwörter zusammen, die er in einigen weitverbreiteten Lesebüchern gefunden hat) im Stich lassen. Es werden alsdann die einzelnen Fächer nach den in ihnen vorkommenden Fremdwörtern kurz gemustert, und schließlich wird dem Lehrer empfohlen, nicht nur in der Schule, sondern auch in weiteren Kreisen sprachreinigend zu wirken durch eigenes Beispiel. Ein zweiter Anhang enthält ein Verzeichnis von Schriften und Aufsätzen über die Fremdwörter in der deutschen Sprache. Warme Begeisterung und ein frischer Humor durchwehen das Schriftchen, das hiermit allen Freunden der Sprachreinigung empfohlen sein möge.

Preußische Lehrerzeitung 1888, Nr. 69:

. . . . Meyers Buch bringt keine Kathederabhandlung; es ist ein frisch und keck in die Welt geschleuderter Kampfruf. . . . . Wer eines Weckers be-

darf, den alten Schlendrian aus seinem Schlummer aufzustören, der greife nach Meyers sehr gut und wirkungsvoll geschriebenem Buche.

Rheinischer Schulmann:

Wir machen auf diese Arbeit unsere Leser besonders aufmerksam; denn sie behandelt eine für die Schule äußerst wichtige Frage in geschickter und eingehender, oft mit Humor und beißender Satire gewürzter Weise. Auch die anderen bereits erschienenen Hefte der „Pädagogischen Zeit- und Streitfragen" sind aller Beachtung wert. Wir kommen bei gelegener Zeit ausführlicher darauf zurück.

Über Heft 5.

J. Greßler, Moderne Mädchenbildung und die Frauenfrage.

Lehrerzeitung für Westfalen und die Rheinprovinz:

Die vorliegende Schrift ist das fünfte Heft der „Pädagogischen Zeit- und Streitfragen", die sich immer mehr des Beifalls der pädagogischen Welt zu erfreuen haben. Und in der That verdienen sie die Würdigung der Lehrer in hohem Maße. Auch die vorliegende Schrift wird diesen Flugschriften — des sind wir gewiß — wieder neue Freunde zuführen. Der geschätzte, als tüchtiger Schulmann vorteilhaft bekannte Verfasser hat in vorliegendem Hefte sich mit Klarheit und Sachkenntnis über eine Frage ausgesprochen, die zu den — brennenden zählt. Die Lektüre derselben kann aber nicht allein den Lehrern, sondern auch allen denen empfohlen werden, welchen das Volkswohl am Herzen liegt. Bei der Behandlung des eigentlichen Gegenstandes des Büchleins werden zugleich eine Menge anderer Fragen gestreift und in freimütigster Weise besprochen, unter anderen die Schulaufsichtsfrage, Lehrerinnenfrage. Was der Verfasser darüber sagt, dem werden nicht nur die Pädagogen rückhaltlos beipflichten, sondern das wird auch bei Nichtpädagogen nicht ohne Eindruck bleiben. Wir wünschen im Interesse der Sache, daß die Schrift recht viele Leser finde.

Über Heft 5 und Heft 6,

Joh. Meyer, Die soziale Frage und die Schule,

welche erst vor ganz kurzem erschienen, sind weitere Rezensionen noch nicht eingetroffen.

Preis des Bandes (6 Hefte) 4 Mk. 50 Pf.
Preis des einzelnen Heftes 1 Mk.

Gotha, im Mai 1888.

Die Verlagsbuchhandlung

Emil Behrend.

Druck der Engelhard-Reyherschen Hofbuchdruckerei in Gotha.